Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Jeversches Wochenblatt
1920

150 (30.6.1920)

urn:nbn:de:gbv:45:1-104104

Visual Library

Jeversches Wochenblatt

Jeverländische Nachrichten

Erscheint an jedem Werktage nachmittags.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mk., vierteljährlich 9 Mk. (ausschl. Bringerlohn oder Bestellgeld).
Fernsprech-Anschluß Nr. 4.
Im Falle von Betriebsstörungen, hervorgerufen durch Maschinenbruch, höhere Gewalt, sowie Ausbleiben des Papiers usw., hat der Bezieher keinerlei Anspruch auf die Lieferung, Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Kleinschriftzeile oder deren Raum kostet für Jever, Jeverland, das übrige Oldenburg und Ostfriesland 80 Pfg., sonst 1,— Mk. — Anpreisungen am Schluß des Schriftteils kosten 3,— Mark die Zeile.

Druck und Verlag
C. L. Mettker & Söhne, Jever i. O.

Nummer 150. | Mittwoch den 30. Juni 1920. | 130. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. Juni. In der Vormittagssitzung des Reichstages erklärte Reichskanzler Fehrenbach: Die neue Regierung hoffe im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit auf die Mitarbeit des Hauses. Ueber das in Folgendem unterbreitete Programm bestehe lückenlose Uebereinstimmung sämtlicher Kabinettsmitglieder. Unsere Beziehungen zum Auslande ständen unter dem Zeichen des Friedensvertrages. Solange die bisherigen feindlichen Staaten sich nicht zu Aenderungen verstehen, müsse die Reichsregierung in der inneren und äußeren Politik danach streben, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, soweit möglich, besonders in der Abrüstungsfrage und Wiedergutmachung. In dieser Hinsicht habe die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung keinen Einfluß. Die Verhältnisse seien bisher stärker als der gute Wille Deutschlands gewesen. Das Mißtrauen der Gegner müsse beseitigt werden. Machtpolitische Träume oder Revanchegedanken hätten keinen Boden bei uns. Wir sehen einen Fortschritt darin, daß die Probleme des gemeinsamen Wiederaufbaues nun möglichst zwischen den Beteiligten besprochen werden sollen. Nur durch gegenseitiges Vertrauen kann die zusammengebrochene Wirtschaft der Welt wieder aufgebaut werden. (Zustimmung.) Darin fühlen wir uns als Arbeitsgenossen aller Völker, die durch den Krieg gelitten haben. Von uns Unterlegenen sei dabei besonders harte Arbeit zu leisten, darum dürfte man von uns nicht Unmögliches fordern durch unverständige Auslegung des Friedensvertrages. (Allgemeine Zustimmung.) Europa und Vorderasien seien politisch noch in völliger Verwirrung, die auf uns zurückwirke. Auch Stimmen in ehemaligen feindlichen Ländern meinten, wir müßten, um wieder gut machen zu können, zunächst selbst zu einer geordneten, vor Unruhen geschützten Produktion kommen. Vielleicht findet dieser Gedanke auch in Spaa Widerhall. Am ehrlichen Willen der Regierung und an der Bereitwilligkeit des deutschen Volkes werde es nicht fehlen, alles einzusetzen für die Verwirklichung eines wahren Friedens zwischen den Völkern. In der inneren Politik müsse der Wiederaufbau des Vaterlandes auf dem Boden der republikanischen Staatsform tatkräftig weitergeführt werden. Verfassungsrechtliche Kämpfe müssen zurücktreten. Ein Versuch zur Aufrichtung einer Klassenherrschaft sei abzulehnen. (Unruhe bei den Unabhängigen.) Das Ziel der Regierung sei eine Politik der Versöhnung, Bekämpfung jeden Klassen- und Rassenhasses, sozialer und religiöser Vergewaltigung. Jeder Versuch gewaltsamer Umbildung werde niederzukämpfen werden. Bei den bevorstehenden Volksabstimmungen in Ost- und Westpreußen, Oberschlesien, Eupen und Malmedy verbürge die bewährte deutsche Gesinnung den Sieg unserer gerechten Sache. (Lebhafter allgemeiner Beifall.) Die Sanierung der Reichsfinanzen sei mit allem Nachdruck zu fördern. Milliardenbeträge seien infolge des Friedensvertrages auf Schulden zu nehmen. Unsere besorgniserregende Ernährungslage bedürfe weiterer großer Zufuhren aus dem Auslande. Mit tiefstem Dank sei der großherzigen Hilfe ausländischer Menschenfreunde gedacht, die Hunderttausende schwacher deutscher Kinder gespeist haben. Der Reichskanzler sprach weiter von der Unterstützung der Landwirtschaft, Förderung der Kohlen- und Kaliproduktion, loyalen Durchführung der begonnenen Sozialisierungen, Reform des Verkehrswesens. Nötiger als eine starke Faust sei jetzt jene allen dargebotene Rechte, in die alle Wohlmeinenden einschlagen müßten. Der Reichskanzler schloß: Wir wollen uns zusammenfinden in dem Gedanken des Opfers für das große Ganze, auf daß Deutschland lebe! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Das Haus vertagt sich auf 3 Uhr nachmittags.

In der Nachmittagssitzung erklärte Scheidemann (Soz.), daß seine Partei mit dem Programm der Regierung im allgemeinen einverstanden sei. Es sei den Unabhängigen zu danken, daß die Sozialdemokraten im Kabinett nicht vertreten seien. (Lärm bei den Unabhängigen.) Seine Partei verlangt schärferes Tempo in der Sozialisierung, besonders Abschaffung des Großgrundbesitzes. Die Regierung müsse die Welt, auch Rußland, von unseren Friedensabsichten überzeugen. Nur die internationale Solidarität des arbeitenden Volkes könne die Wunden des Krieges heilen. Die Männer, die nach Spaa gingen, könnten überzeugt sein, daß sie das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit hinter sich hätten.

Abg. Lebebour (U. S.): Seine Partei habe den Eintritt in das Kabinett abgelehnt, weil die Wahl bewiesen habe, daß das Volk die Koalitionsparteien verurteile. Die Einigung im Proletariat sei auf dem Wege, aber nicht auf dem Wege über das Parlament. Der Kanzlerrede habe er nichts Greifbares entnehmen können. Mit der Fortsetzung der bisherigen Politik in der Arbeiterfrage sei den Arbeitern nicht gedient, die sich rechtzeitig auf den Generalstreik einrichten müßten. Das beste Mittel, die Friedensbedingungen zu mildern, sei die Aufhebung des stehenden Heeres. Zur Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland werde seine Partei gerne mithelfen.

Abg. Hergt (Dtschnatl.) sagte, seine Partei stelle der Regierung kein Mißtrauensvotum, aber auch kein Vertrauensvotum aus.

Minister des Auswärtigen Simons legte dar, daß die drei französischen Noten am 25. Juni eingegangen und von ihm am 26. Juni vorgefunden seien. Die Veröffentlichung würde morgen früh erfolgen.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 6,45 Uhr.

*

Pressestimmen.

Berlin, 29. Juni. Abgesehen von den Unabhängigen herrscht bei allen Parteien Befriedigung über die erste Reichstagsdebatte vor, kein Mißtrauen gegen die Regierung, so schreibt die „Voss. Ztg.“.

Der „Germania“ erscheint es selbstverständlich, daß jetzt, da das Zentrum an die Spitze der Regierung treten mußte, seine Auffassung sich noch energischer in den Vordergrund dränge, als es bisher schon geschehen konnte.

Für die Demokratische Partei glaubt das „B. T.“ feststellen zu können, daß sie nur deswegen in das Kabinett eintreten konnte, weil sie auch nicht einen Deut von ihren Prinzipien opfern durfte.

Neueste Nachrichten.

Die deutschen Teilnehmer an den Verhandlungen in Spaa.

Berlin, 28. Juni. Wie heute im Aeltestenrat des Reichstages mitgeteilt wurde, werden an den Verhandlungen in Spaa voraussichtlich der Reichskanzler, der Minister des Aeußern und der Reichsfinanzminister teilnehmen.

Berlin, 29. Juni. Das „B. T.“ teilt mit, daß in Begleitung des Ministers des Aeußern, Simons, der Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, Geheimrat von Simson, nach Spaa reisen würde. Beide Herren hätten den Friedensvertrag bis in seine letzten verborgenen Einzelheiten studiert, insofern würde also unsere Regierung in Spaa gut vertreten sein.

Zusammentritt des Reichswirtschaftsrats.

Berlin, 28. Juni. Am 30. d. M. nachmittags 3 Uhr tritt der vorläufige Reichswirtschaftsrat im Gebäude des früheren Herrenhauses zu seiner ersten Tagung zusammen.

Die Einreihung der Verkehrsbeamten in die Reichsbesoldungsordnung.

Berlin, 28. Juni. Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt, die schwebenden Verhandlungen über die Einreihung der Verkehrsbeamten der Länder, Eisenbahn und Post, in die Reichsbesoldungsordnung, sind seit einiger Zeit ins Stocken geraten, weil die Verkehrsbeamten mit weitgehenden Ansprüchen hervorgetreten sind. Es hat sich herausgestellt, daß die neuen Besoldungsordnungen der Länder in verschiedener Beziehung über die Bestimmungen der Reichsbesoldungsordnung hinausgehen. Die gesetzgebenden Körperschaften werden alsbald zu den Forderungen der Beamten grundsätzlich Stellung nehmen müssen.

Die Lebensmittel-Demonstrationen.

Cuxhaven, 28. Juni. Hier ist eine Neunerkommission eingesetzt, die in Verbindung mit dem Magistrat eine Herabsetzung der Preise vornimmt und verschiedene Geschäfte verpflichtet hat, eine Woche lang ihre Waren an die minderbemittelte Bevölkerung ohne Nutzen zu verkaufen.

Berlin, 28. Juni. In Berlin zogen mehrere Hundert Frauen und Kinder demonstrierend zum Rathause, um dort gegen die Lebensmittelteuerung zu protestieren. Auf Tafeln las man Inschriften wie „Nieder mit dem Lebensmittelwucher!“ „Gebt uns billiges Brot!“ Die Demonstration verlief ohne Zwischenfälle.

Berlin, 28. Juni. Wie das „B. T.“ aus Stuttgart meldet, kam es in Ravensburg infolge der Lebensmittelteuerung wieder zu schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Reichswehrtruppen, die seit den letzten Unruhen dort das Amtsgebäude besetzt hielten. Es gab einen Toten und eine Anzahl Verwundeter. Die Reichswehrsoldaten zogen sich schließlich nach ihrem Garnisonort Weingarten zurück.

Mainz, 28. Juni. In den frühen Morgenstunden hatten sich auf dem Marktplatze Tausende von Menschen, meist Jugend, versammelt. Zu Störungen von Ruhe und Ordnung ist es bisher noch nirgends gekommen. Französische Gendarmerie patrouillierte. Drei Panzerautos und drei Tanks sind beim Marktplatz aufgestellt. Unter dem Drucke der Zwangsverkäufe wurden die Preise der meisten Verbrauchsartikel ganz wesentlich heruntergesetzt. In den hauptsächlichsten Orten, die die Obstmärkte beschicken, haben sich die Landwirte zu bewaffnetem Widerstande organisiert. Gestern haben viele Sitzungen zwischen Vertretern der Behörden, sowie der Erzeuger- und Erwerbskreise stattgefunden zwecks Herabsetzung der Preise.

Der Helfferich-Prozeß.

Leipzig, 28. Juni. Eine durch die Presse gegangene Mitteilung, daß der Prozeß Helfferich am 9. Juli vor dem Reichsgericht beginnt, wird von hier als unzutreffend bezeichnet. Der Prozeß werde vermutlich nach den Gerichtsferien verhandelt werden.

Arbeiterentlassungen auf der Danziger Werft.

Danzig, 28. Juni. Infolge des vor ungefähr 14 Tagen ausgebrochenen Ausstandes der Schiffszimmerleute auf der Danziger Werft sah sich die Werftleitung gezwungen, am Sonnabend gegen 1200 und heute gegen 200 Arbeiter zu entlassen. — Im Hafenarbeiter- und Binnenschifferstreik ist bisher noch keine Aenderung eingetreten.

Die Regelung der Kriegskosten.

Paris, 28. Juni. Loucheur hat im Auftrage des Finanzausschusses der Kammer einen Bericht über die Regelung der Kriegskosten und die Wiedergutmachung ausgearbeitet, der demnächst zur Veröffentlichung gelangen soll. Loucheur soll den Standpunkt vertreten, daß man die Schuld nicht in dem Augenblick festsetzen müsse, in dem der Schuldner die geringste Zahlungsfähigkeit habe, umsoweniger, da diese Schuld auf 35 bis 40 Jahre verteilt werden solle. — Nach dem Bericht von Loucheur sind von 1 724 000 Hektar Ackerland schon 1 408 000 in diesem Jahre bestellt.

Zur Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers.

London, 28. Juni. (Unterhaus.) In Beantwortung einer Frage bezüglich der Weigerung Hollands, den vormaligen deutschen Kaiser auszuliefern, sagte Lloyd George, die Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers ist weiteres Blutvergießen nicht wert.

Die 2000 Kriegsgefangenen gerettet.

Kopenhagen, 28. Juni. „Stockholms Dagbl.“ wird aus Helsingfors telegraphiert, daß die Meldung, wonach bei dem Untergang des Bolschewistenfahrzeugs auf der Newa 2000 Kriegsgefangene umgekommen sein sollten, sich nicht bestätigt. Alle Kriegsgefangenen seien gerettet worden.

Der internationale Gewerkschaftsbund und der Boykott gegen Ungarn.

Wien, 28. Juni. In den gestrigen Besprechungen der Delegierten des internationalen Gewerkschaftsbundes wurde eine einheitliche Auffassung über die Frage des Gebrauchs oder der Verschärfung des Boykotts gegen Ungarn erzielt.

Um Valona.

Rom, 28. Juni. In der Kammer erklärte Giolitti, Italien könne nicht eher Valona aufgeben, bevor es nicht die volle Garantie dafür habe, daß diese Stadt von keinem Staate dazu benutzt werde, gegen Italien einen Ueberfall zu planen.

Die drei Entente-Noten.

Berlin, 28. Juni. In der ersten der drei dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris übermittelten Noten über die Entwaffnung heißt es u. a.: Am 21. Juni nach Ablauf von beinahe 6 Monaten seit Inkrafttreten des Friedensvertrages sind die wichtigsten der Bestimmungen des Friedensvertrages über Landheer, Luftfahrt und Marine noch unausgeführt oder unvollständig ausgeführt. Die alliierten Regierungen haben nach ernsthafter Prüfung dieser Sachlage einstimmig beschlossen, die in dem von Deutschland unterzeichneten Friedensvertrage enthaltenen Bestimmungen über die Entwaffnung sowohl was die Heeresstärke, als auch was das Kriegsmaterial betrifft, in vollem Umfange aufrecht zu erhalten und deren schon allzulange verzögerte vollständige Durchführung unverzüglich zu betreiben. In gleicher Weise erwarten die alliierten Regierungen, daß die deutsche Regierung ihnen keinen Antrag auf Aenderung der militärischen Bestimmungen mehr vorlegen wird, da solche Anträge nur abschlägig beschieden werden können und daher nutzlos nur neue Verzögerungen mit sich bringen würden.

Die Antwort der alliierten Regierungen auf den Antrag der deutschen Regierung wegen Beibehaltung eines Heeres von 200 000 Mann geht dahin, daß die militärischen Kräfte Deutschlands bei der durch den Friedensvertrag bestimmten Stärke von 100 000 Mann und in der durch diesen Vertrag vorgesehenen Gliederung zu belassen sind, daß die Sicherheitspolizei innerhalb von drei Monaten vollständig aufzulösen ist und daß andererseits die Stärke der Polizei auf 150 000 Mann erhöht, somit um 70 000 Mann im Vergleich zu der Stärke von 1913 vermehrt wird. Des weiteren fordern die alliierten Regierungen die deutsche Regierung auf, unverzüglich die deutsche Gesetzgebung entsprechend der Bestimmung des Artikel 211 mit den Bestimmungen des Vertrages in Einklang zu bringen, geeignete Maßregeln zu treffen, um entsprechend dem Artikel 170 die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach dem Auslande zu verbieten, die Formationen der Einwohnerwehren, die im Widerspruch mit der Entschließung vom 8. April noch fortbestehen, tatsächlich aufzulösen und die Auslieferung der Waffen dieser Formationen durchzuführen. Die alliierten Regierungen erwarten, daß bei der Zerstörung des Kriegsmaterials keine neue Verzögerung eintritt und daß die Ausführung aller Bestimmungen über die Entwaffnung, sowohl hinsichtlich der Truppenstärke, als auch hinsichtlich des Kriegsgeräts ohne weitern Aufschub erfolgt, anderenfalls würden sich die alliierten Regierungen gezwungen sehen, die geeigneten Mittel zu prüfen, um die vollständige Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages sicherzustellen.

Berlin, 28. Juni. Die zweite Note weist zunächst darauf hin, daß sich die deutsche Regierung am 4. Juni an die Konferenz gewandt hätte, um eine vorläufige Verlängerung der ihr gestellten am 10. Juli ablaufenden Frist herbeizuführen, binnen der die Heeresstärke in Deutschland auf 100 000 Mann herabgesetzt werden sollte, mit der Begründung, daß nach dem, was die alliierten Regierungen ihr auf der Konferenz von San Remo mitgeteilt hätten, sie erwarten müsse, daß erst die Konferenz von Spaa endgültig über dieses Ersuchen bestimmen würde. Die alliierten Mächte, so sagt die Note, wollen diese Auslegung der von San Remo an die deutsche Regierung gerichteten Note nicht gelten lassen. Die alliierten Regierungen haben keine Veranlassung, einer erneuten Verlängerung der Frist zuzustimmen. Sie bestätigen vielmehr klar und einfach ihre früheren Erklärungen. Die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages über das deutsche Heer werden sowohl hinsichtlich seiner Stärke als auch hinsichtlich seiner Gliederung und Bewaffnung in vollem Umfange aufrecht erhalten. Sie müßten auf das genaueste durchgeführt werden. Wenn die Mächte auch entschlossen sind, die Rüstung Deutschlands den Vertragsbestimmungen gemäß durchzuführen, so verkennen sie doch nicht die Notwendigkeit, der deutschen Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Inneren ausreichende Polizeikräfte zu belassen. Sie erkennen gerne an, daß die normalen Polizeikräfte nach dem Stande von 1913 nicht ihren Bedürfnissen genügen können. Die alliierten Regierungen sind bereit, eine Vermehrung der Polizeikräfte zu genehmigen. Sie können aber unter keinem Vorwande zulassen, daß diese Vermehrung durch Beibehaltung der Sicherheitspolizei, einer Polizeitruppe von ausgesprochen militärischer Art und Organisation, stattfindet, zu deren Auflösung Deutschland bereits vom Dezember 1919 ab aufgefordert war. Die Auflösung der Sicherheitspolizei muß binnen einer Frist von 3 Monaten von der Absendung dieser Note an beendet sein. Die alliierten Regierungen sind mit der Verstärkung der alten Ordnungspolizei einverstanden. Sie zählt gegenwärtig 92 000 Mann. Die Mächte geben ihre Zustimmung, daß sie auf 150 000 Mann vermehrt werde. Sie knüpfen jedoch daran die Bedingungen, daß die Ordnungspolizei ihren Charakter als örtliche und Gemeinde-Polizei bewahren muß und mit einer Bewaffnung ausgerüstet wird, die ihrem Zweck entspricht und von den interalliierten Ueberwachungsausschüssen festgesetzt werden wird. Andererseits wird ausdrücklich festgestellt, daß in dem Bestand von 150 000 Mann Ordnungspolizei die 10 000 Mann einbegriffen sind, die von dem interalliierten Ueberwachungsausschuß für Polizeizwecke in der neutralen Zone genehmigt worden sind. Die Vermehrung der Ordnungspolizei erstreckt sich übrigens weder auf die linksrheinischen Gebiete, in denen die Oberrheinlandskommission allein die erforderliche Stärke festzusetzen befugt ist, noch auf die Abstimmungsgebiete. Es sei denn, daß die interalliierten Regierungen und die Plebiszitausschüsse dies ausdrücklich verlangen. Die Vermehrung der Stärke der Ordnungspolizei wird in dem Maße erfolgen, in dem die Auflösung der Sicherheitspolizei fortschreitet, und zwar derart, daß in keinem Zeitpunkt die Stärke der Sicherheitspolizei und der Ordnungspolizei zusammen 150 000 Mann überschreiten darf. Andererseits haben die Mächte beschlossen, den Bestand der Gendarmerie von 12 000 auf 17 000 Mann zu erhöhen. Die Alliierten werden während der drei Monate von der Absendung der gegenwärtigen Noten an bis zur endgültigen Auflösung der Sicherheitspolizei es nicht zulassen, daß Soldaten der Reichswehr in die Sicherheitspolizei aufgenommen werden. Die derzeitige Stärke der Sicherheitspolizei stellt eine Höchstzahl dar, die fortschreitend vermindert werden müsse.

Berlin, 28. Juni. Die dritte Note besagt u. a.: Artikel 201 des Vertrages von Versailles untersagt für die Dauer von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Friedensvertrages die Herstellung von Luftfahrmaterial jeder Art und seiner Einführung nach Deutschland. Andererseits bestimmt Artikel 202, daß Deutschland den alliierten und assoziierten Hauptmächten innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages das gesamte Luftfahrmaterial des Heeres und der Marine ausliefert. Die drei Monate Frist zwischen Abnahme des Luftfahrmaterials und Ermächtigung zur Aufnahme der Fabrikation sollen dazu dienen, um die Durchführung der die Luftschiffahrt betreffenden Bestimmungen und besonders den Transport oder die Unbrauchbarmachung des Materials zu sichern. Da Deutschland das Luftfahrmaterial innerhalb der festgesetzten Frist nicht abgeliefert hat, wird die Ueberwachungskommission nicht in der Lage sein, ihre Arbeiten vor Ablauf der im Artikel 201 vorgesehenen sechsmonatigen Frist zu beendigen. Würde die Herstellung von Luftfahrzeugen am 10. Juli wieder gestattet, so würde es unmöglich werden, die Ausführung des Artikels 202 zu überwachen. Die Konferenz hat daher entschieden, daß die Herstellung und Einfuhr von Luftfahrmaterial, wie sie im Artikel 201 des Vertrages vorgesehen ist, innerhalb von drei Monaten, beginnend mit dem Augenblick, in dem diese Macht das gesamte Luftfahrmaterial des Heeres und der Marine abgeliefert hat und dies der interalliierten Luftfahrüberwachungskommission offiziell angezeigt wird, die Herstellung und Einfuhr im Gesamtgebiet von Deutschland solange untersagt bleibt.

Die Deutsche Volkspartei und die Oldenburgische Regierung.

Um jeder Legendenbildung von vornherein vorzubeugen, seien im folgenden noch einmal kurz die Hauptmomente aus den Verhandlungen der Koalition mit der Deutschen Volkspartei hervorgehoben.

In der am Dienstag stattgehabten Vorbesprechung erklärte der Vertreter der Deutschen Volkspartei die bekannten durch den Abgeordneten Hug formulierten Bedingungen, unter denen die Mitarbeit der Deutschen Volkspartei in der Regierung möglich sein sollte, für unannehmbar. Für den Fall, daß der Vorschlag der Deutschen Volkspartei, an die Stelle des politischen Ministeriums ein Fachministerium zu setzen, nicht angenommen werde, mache sie die vollkommene Neubildung des Ministeriums zur Vorbedingung ihres Eintritts in die Regierung. Die Beibehaltung des bisherigen Ministeriums oder auch der Eintritt eines Ministers aus ihren Reihen komme für die Deutsche Volkspartei nicht in Frage, da weder die eine noch die andere Lösung dem Sinne der Wahlen entspräche und der Deutschen Volkspartei wenigstens so viel Einfluß sichere, daß sie das von ihr für unrichtig Gehaltene verhindern könne.

Dieser grundsätzlichen Auffassung trug der am Mittwoch von der demokratischen Partei gemachte Vorschlag in keiner Weise Rechnung. Die demokratische Partei schlug — unter Beibehaltung des bisherigen Kabinetts — die Ersetzung des Ministers der Justiz durch einen Parteiminister vor. Das bedeutete eine unzweideutige Ablehnung der Forderung der Deutschen Volkspartei auf Neubildung des Ministeriums. In den mündlichen Verhandlungen, die an diesem Tage gepflogen wurden, kam in keiner Weise zum Ausdruck, daß die demokratische Partei oder die Koalition unter Umständen bereit seien, ein neues Ministerium zu bilden, das heißt, den Ministerpräsidenten Tantzen fallen zu lassen. Hätten die Verhandlungsführer der Mehrheit diese Möglichkeit in Aussicht gestellt, so wäre wahrscheinlich eine Basis gefunden worden, auf der die Verhandlungen mit Aussicht auf Erfolg hätten fortgeführt werden können. Die Frage der Staatsform spielte eine Rolle zweiter Ordnung und kommt bei der Beurteilung der Dinge zunächst nicht in Betracht. Die Deutsche Volkspartei mußte schon wegen des zweiten Punktes den

Landesbibliothek Oldenburg

demokratischen Vorschlag ablehnen. Sie konnte auch dem Ministerium Tantzen nicht ihr Vertrauen bezeugen. Daß es nicht gelungen ist, eine Regierung zu bilden aus allen aufbauwilligen Kräften, liegt, so sehr man es bedauern muß, in erster Linie an der Weigerung der Mehrheitsparteien, das bisherige Ministerium und mit ihm den Ministerpräsidenten Tantzen, mit dessen Regierungsweise weite Kreise des Oldenburger Volkes auch außerhalb der Reihen der Deutschen Volkspartei in hohem Maße unzufrieden sind, zurücktreten zu lassen und an ihre Stelle ein neues Ministerium zu setzen, das dem Willen des Volkes Rechnung trägt.

An dieser Tatsache werden die Verschleierungs-Versuche der Koalitionsparteien nichts ändern. Die „Oldenburgische Landeszeitung“ behandelt in ihrer Ausgabe vom 25. Juni die Haltung der Deutschen Volkspartei und versucht ihr die Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen zuzuschieben. Dabei sucht sie, abgesehen von einer ganzen Reihe anderer unrichtiger Behauptungen, es so darzustellen, als ob die Demokratische Partei nicht die Bedingung gestellt habe, daß Tantzen Ministerpräsident bleibe. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß von der Demokratischen Partei nicht einmal angedeutet, geschweige denn erklärt worden ist, daß man geneigt sei, Herrn Tantzen fallen zu lassen. In dem demokratischen Vorschlag ist auch, wie jeder Unbefangene zugeben wird, mit keinem Wort die Rede davon. Das Festhalten der Demokraten an dem bisherigen Ministerium vereitelte ja gerade die Verhandlungen.

Der Ausfall der Wahl vom 6. Juni hat eindeutig zu erkennen gegeben, daß weite Schichten des Volkes mit dem bisherigen Kurs der Regierung nicht einverstanden sind. Nach parlamentarischem Brauch wäre es Pflicht der Regierung und ihres Führers und vor allem der Parteien, die bisher die Ausführung des Mehrheitswillens zu ihrem obersten Grundsatz gemacht hatten, gewesen, dem Willen des Volkes Rechnung zu tragen. Statt dessen haben sie, das muß immer wieder festgestellt werden, sich dem Verlangen der Deutschen Volkspartei nach einer Neubildung der Regierung im Sine des Wahlausfalles gegenüber ablehnend verhalten. Auf sie fällt daher die Verantwortung, daß eine breite Basis für die Regierungsbildung nicht gefunden werden konnte.

Sprechsaal.

Nachklänge zu den Wahlen.

In Nr. 145 dieses Blattes bedauert Herr Schiel das selbständige Vorgehen der Deutschnationalen Volkspartei bei der Reichs- und Landtagswahl. Er bestreitet die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit dieses Vorgehens und behauptet, jeder, der die politischen Verhältnisse in Oldenburg übersehen könne, habe den Mißerfolg der Deutschnationalen voraussehen müssen. Das ist doch eine recht gewagte Behauptung. Wir Deutschnationalen hatten allen Grund, auf einen Erfolg zu rechnen. Wenn er jetzt ausgeblieben ist, werden wir ihn später erringen, sobald die Organisation unserer Partei erst straffer durchgeführt ist. Bei den letzten Wahlen hatten wir freilich nur auf ein Landtagsmandat gerechnet. Aber gerade daran lag uns sehr viel, schon aus dem Grunde, weil der Standpunkt der Rechtspartei im alten Landtage — besonders den vielfachen Angriffen des Ministerpräsidenten Tantzen gegenüber — nicht gerade immer mit der wünschenswerten Kraft und Entschiedenheit gewahrt wurde. Das hat Herr Schiel selbst in Gesprächen öfter zugegeben. Seine Behauptung: „In Oldenburg ist kein Boden für eine rein konservative Partei“ ist ein Schlag in die Luft; es fehlt der Nachweis, daß die Deutschnationale Volkspartei der alten konservativen Partei entspricht. Auch Herrn Schiel dürfte es schwer fallen, diesen Nachweis zu bringen angesichts der Tatsache, daß Anhänger aller früheren Parteien bis hin zu den Sozialdemokraten sich unserer Partei angeschlossen haben. Noch anfechtbarer ist das, was er über den Standpunkt des verstorbenen Landwirts Hero Habben sagt. Diesen führt er als Kronzeugen für seine Ausführungen gegen das Verhalten der Deutschnationalen an. Herr Habben soll immer die Ansicht gehabt haben, daß die Aufstellung einer konservativen Sonderliste gegenüber den Nationalliberalen eine politische Unklugheit sei. Weiß Herr Schiel nicht mehr, daß gerade dieser Mann seinerzeit die Aufstellung des rechtsstehenden Freiherrn v. Hammerstein gegen den parteiamtlichen Kandidaten der Nationalliberalen bewirkt hat? Wie abfällig hat er ferner noch während seiner Krankheit die Nationalliberalen beurteilt, als diese in den letzten Kriegsjahren im Reichstag und im preußischen Landtag die Fahrt auf der Rutschbahn des Parlamentarismus mitmachten. Ich kann Herrn Schiel versichern, — und alle, die Herrn Habben genau gekannt haben, werden mir zustimmen —: Wenn dieser tüchtige, charakterfeste Mann noch lebte, würde er eins der rührigsten Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei sein und höchstwahrscheinlich auf der deutschnationalen Landtagsliste als erster Kandidat gestanden haben.

Weiter redet Herr Schiel einer geschlossenen rechts von den Demokraten stehenden Partei das Wort. Dem kann ich nur zustimmen. Wir hätten eine solche Geschlossenheit in unserem Kreise schon bei der letzten Reichstagswahl haben können, sie ist aber gescheitert an der Deutschen Volkspartei, besonders an Herrn Dr. Stresemann, der ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen schroff abgelehnt hat. Seinem Einfluß ist es vielleicht auch mit zuzuschreiben, daß bei der Bildung der Reichsregierung von der Beteiligung der Deutschnationalen Volkspartei gar keine Rede war, trotzdem diese sich dazu unter Zurückstellung ihrer Prinzipien bereit erklärt hatte. Herr Schiel nennt die parlamentarischen Formen, unter denen sich die Bildung der Reichsregierung abspielte, unwürdig. Aber machte denn die Deutsche Volkspartei dieses Spiel nicht mit? Die von ihr so scharf bekämpften Demokraten setzten sich, trotzdem sie so kläglich zusammengeschmolzen sind, aufs hohe Roß und stellten die Bedingung: Ohne die Sozialdemokraten machen wir nicht mit. Und da lief alles bittend und bettelnd hinter den Mehrheitssozialisten her, die sich ins Fäustchen lachten. Warum stellte nicht auch die Deutsche Volkspartei ihre Bedingungen und erklärte: Wir machen nicht mit ohne die Deutschnationalen? Sollte im Reiche nicht dasselbe möglich sein wie in Bayern, — eine Regierung aus sämtlichen bürgerlichen Parteien ohne die Sozialdemokratie? Doch wir Deutschnationalen können dem kindlichen Spiel bei der Bildung der Reichsregierung ruhig zuschauen. Es stellt sich dabei immer klarer heraus, daß der so vielgepriesene Parlamentarismus für Deutschland ein heller Unsinn ist, und je mehr das Volk zu dieser Erkenntnis kommt, desto mehr wird es sich der Deutschnationalen Volkspartei zuwenden — auch in Oldenburg. S.

Verbandstag landwirtschaftlicher Kleinbetriebe.

Am Sonnag fand in Grambergs Gasthof in Oldenburg der erste Verbandstag landwirtschaftlicher Kleinbetriebe statt. Aus allen Teilen des Landes waren die Delegierten erschienen; vertreten waren 94 Ortsvereine. Der provisorische Vorsitzende, Herr Baumüller, Streekermoor, eröffnete kurz vor 10 Uhr die Sitzung mit einer Begrüßungsansprache. Er legte in großen Zügen die bisherige Arbeit des Vorstandes dar und gab insbesondere bekannt, daß der Verband bereits heute 21 820 Mitglieder zähle. Was in dem Gründungsprogramm des Verbandes als Ziele und Aufgaben für den Kleinbauer niedergelegt sei, solle auch für die Zukunft Geltung haben: eine gesetzliche, berufliche Vertretung durch die Landwirtschaftskammer, nicht lediglich den Größenverhältnissen der Betriebe entsprechend, sondern der Zahl nach. Mitglied des Verbandes kann jeder werden, der nicht mehr Land besitzt, als zur selbständigen Ackernahrung bezw. zur Eigenbewirtschaftung notwendig ist. Gartenbau-, Siedler- und Kolonistenvereine, sowie alle Vereinigungen von Kleinbetrieben, welche in der Landgröße den obigen Bestimmungen entsprechen, können Mitglied des V. l. K. werden.

Ueber die Organisation und Aufgaben des Verbandes sprach Landtagsabgeordneter Schmidt-Bockhornerfelde. Er betonte besonders, daß die heutige Verbandsgründung die erste in ganz Deutschland sei; er ging weiter auf die Entstehungsgeschichte des Reichssiedlungsgesetzes und der Kleinlandpachtordnung ein. Das Verhältnis des V. l. K. zum Landbund regelt sich allein durch sein Programm. Die Förderung des Genossenschaftsgedankens wird ein Hauptziel des Verbandes sein. Die Ausschaltung des Zwischenhändlers vom Erzeuger bis zum Verbraucher soll vor allem die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Stadt und Land erstreben. Es sei gedacht, die Erzeugnisse des Kleinbauern möglichst gesammelt den Kommunen bezw. Konsumgenossenschaften direkt zuzuführen. Die Bodenverteilung in Oldenburg ist laut einer amtlichen Statistik aus 1913 folgende: In der Marsch haben wir an Kulturland 1 055 000 Hektar, an Wald 6000 Hektar, in Unkultur 93 000 Hektar; auf der Geest an Kulturland 1 929 000 Hektar, Wald 350 000 Hektar, Unkultur 2 302 000 Hektar. An kulturfähigem Land besitzt Oldenburg noch 1 116 000 Hektar Sandheide, 74 000 Hektar Lehmboden und 891 000 Hektar Moorboden. Die Zahl der Betriebe beträgt in der Größe von 0,2 bis 10 Hektar 43 706, von 10 bis 20 Hektar 3606, von 20 bis 100 Hektar 3655 und über 100 Hektar 19. In der Landwirtschaft beschäftigt waren 1913 rund 175 000 Personen, das sind gleich 43 Prozent der Bevölkerung. Dieses Zahlenbild gebe auch zugleich einen Ausblick auf die Entwicklungsmöglichkeit des Verbandes. Aber nicht nur auf Oldenburg allein, sondern weiter zunächst auf Ostfriesland und die Provinz Hannover und dann weiter über ganz Deutschland würde diese Kleinbauernbewegung Ausdehnung zu finden haben. Parteipolitik und konfessionelle Fragen haben bei der ganzen Arbeit des Verbandes vor der Türe zu bleiben. Nicht mit Partei-Idealen sei der Landwirt bezw. der Kleinbauer vorwärts zu bringen, lediglich die wirtschaftlich politischen Zeitfragen müßten den Kitt abgeben, der die Kleinbauern zusammenführt und zusammenhält. Politisch würde der Verband sich nur dann betätigen, wenn es sich um Eingaben an die gesetzgebenden Körperschaften handelte, die eine Hebung und Verbesserung des Kleinbauernstandes anstreben. Derjenige, der glaube, auch innerhalb des Verbandes politische Geschäfte machen zu können, solle lieber von vornherein draußen bleiben. Diese Erklärung fand bei den Delegierten rückhaltlose Zustimmung. Nach weiteren, sehr interessanten Ausführungen schloß der Redner mit einem warmen Appell des festen Zusammenhaltens aller Kolonisten, Siedler und Kleinbauern.

Landwirtschaftslehrer Meyer, Oldenburg, wies in sehr trefflichen Worten auf die Kolonisationsfähigkeit Deutschlands hin. Nicht im Auslande, nicht in Südwest und sonstwo in der Welt liege Deutschlands Heil, nur im Lande selbst durch intensive Bearbeitung und weitere Vergrößerung der Landwirtschaft. Er schlug darauf folgende Vorstandsliste vor: 1. Vorsitzender Schmidt, Bockhornerfeld, 2. Vorsitzender W. Bargmann, Huntlosen, Schatzmeister Baumüller, Streekermoor, Beisitzer A. Stecker, Rüstringen, und Winterschuldirektor Heinen, Zwischenahn. Sämtliche Herren nahmen die Wahl an. Der vorgelegte Satzungsentwurf wurde darauf einstimmig angenommen.

Winterschuldirektor Heinen hielt darauf einen Vortrag über „Wirtschaftsberatung“. In meisterhafter Weise verstand es der Redner, aus seinem reichen Schatz des Wissens und der Erfahrungen den Delegierten den Nutzen der Inangriffnahme der bei der Landwirtschaftskammer eingerichteten Wirtschaftsberatungsstelle vor Augen zu führen. Durch begeisterte Zustimmungen wurden seine Ausführungen wiederholt unterbrochen. Er trat am Schluß für eine bessere und engere Fühlungsnahme auch der Kleinbauern mit den sämtlichen Winterschuldirektoren ein. Die sich anschließende Debatte ergab den Beschluß, daß schon in allernächster Zeit in Ortsvereinen Besichtigungen und Vorträge stattfinden sollen.

Lindhorst, Bockhorn, bat im Auftrage aller Industriearbeiter, die teils durch die Zeitverhältnisse, teils aus Interesse für das Land sich ansiedelten, auch diesen Aufklärung und Unterstützung seitens der Winterschuldirektoren und des Kleinbauernverbandes zuteil werden zu lassen. Das wurde zugesagt.

Krause, Bardewisch, überbrachte Grüße und die besten Wünsche des Landarbeiterverbandes dem Verbandstage.

Nach einer regen Fragestellung und Debatte, in der besonders das Verhalten des Siedlungsamtes, des Domänenamtes und verschiedener Großbauern kritisiert wurde, schloß gegen 2½ Uhr nachmittags der Vorsitzende diese äußerst interessante und wichtige Verbandstagung. Der Vorsitzende gab in seinem Schlußwort der Hoffnung Ausdruck, daß diese Tagung das Fundament sein möge zum glänzenden Aufstieg auch des kleinsten Mannes in der Landwirtschaft, sei es Knecht, Kuhhalter oder Kolonist, nicht nur im Interesse seiner selbst, sondern im allgemeinen Interesse, und nicht zuletzt im Interesse der Oldenburger Landwirtschaft überhaupt.

Der noch auf der Tagesordnung stehende Vortrag des Herrn Baumüller, Streekermoor, über das Landwirtschaftskammergesetz mußte, weil die meisten der Teilnehmer wegen der in Fluß befindlichen Heuernte nach Hause mußten, von dieser abgesetzt werden.

Oldenburg und Nachbargebiete.

Jever, 29. Juni.

Stadtratssitzung.

h. An der gestern anberaumten Sitzung des Stadtrats nahmen teil vom Magistrat Bürgermeister Dr. Müller, Ratsherren Eilers und Vetter, vom Stadtrat Prof. Dr. Ommen (Vors.), Brader, Frau Cassens, Carstens, Eden, Frau Fettköter, Gröschler, Janßen, Junker, Krause, Krey, Popken, Rütemann, Schmidt, Siebels, Wilken und Wolf.

Vor Eingang in die Hauptberatung wurden in Rücksicht darauf, daß die auf der Reichswerft beschäftigten Stadtratsmitglieder nicht rechtzeitig zur Stelle sein konnten, zunächst weniger wichtige Angelegenheiten erledigt. Es wurde beschlossen, zwecks Ablösung von Anleihen 50 000 und 120 000 M zur Sparkasse überzuleiten. — Eingegangen war ein Protest der Anwohner der Wangerstraße wegen der bereits in Angriff genommenen Umpflasterung der Wangerstraße, zu der die alten Feldsteine wieder verwendet werden sollen. Die Petenten fordern die Neupflasterung mit Klinkern. Der Magistrat hat das Ansuchen abgelehnt. Der Stadtrat erledigte die Sache nach kurzer Aussprache durch Uebergang zur Tagesordnung. Die Gründe sollen den Petenten mitgeteilt werden.

Die Zwangsverkäufe in Jever

lautete die eigentliche Tagesordnung. Prof. Dr. Ommen leitete die Verhandlungen mit einer längeren Ausführung, in der er die Vorgänge am Sonnabend und Sonntag nach ihm geschilderten Darstellungen wiedergab, ein. Obgleich sich diese und andere im Laufe der Verhandlungen vorgebrachten Wahrnehmungen fast voll mit denen in unserem eigenen gestrigen Bericht über die Vorgänge decken, erscheint es dennoch angesichts der Wichtigkeit der Sache angebracht, auch ein möglichst klares Bild darüber in die Offentlichkeit zu geben, wie die einzelnen Stadtratsmitglieder ihr Urteil fällten.

Der Stadtrat beschloß zunächst die Dringlichkeit des zu verhandelnden Punktes. Der Vorsitzende referierte dann etwa folgendes: Obgleich die St.-M. gewiß alle unterrichtet seien, habe er es für Pflicht gehalten, den Stadtrat zusammen zuberufen, um eine Aussprache über die Vorgänge herbeizuführen. Zunächst müsse er feststellen, daß es sich nicht um freiwillige, sondern um Zwangsverkäufe gehandelt habe. Die Mehrzahl der Kaufleute hätten sich dem Zwange gefügt, während andere sich den Forderungen widersetzten, als die Preisverhandlungen zwischen der Kommission der Kaufleute einerseits und dem Gewerkschaftskartell andererseits stattfanden. Nachdem die Verhandlungen ergebnislos verliefen und die größte Zahl der Kaufleute das Verhandlungszimmer verlassen hatten, suchte Bürgermeister Dr. Müller einen einigenden Abschluß zu finden. Der Bürgermeister habe dann schließlich dem Gewerkschaftskartell erklärt, die Einwohnerwehr werde nicht in Tätigkeit treten, nur dann, wenn geplündert werde. Kaufmann Lammers habe erst geöffnet, als ihm von einem Polizisten gesagt wurde, er müsse sein Geschäft öffnen. Aus freien Stücken seien die Stadtratsmitglieder Brader, Popken und er selbst Sonntagfrüh um 9 Uhr auf das Rathaus gegangen, um Rücksprache mit dem Bürgermeister zu nehmen. Zu der Zeit sei der Ministerpräsident in Oldenburg noch nicht über die Vorgänge unterrichtet gewesen. Erst um etwa 10 Uhr sei dieses seitens des Bürgermeisters geschehen. Darauf habe der Ministerpräsident sofort die Schließung der Geschäfte angeordnet und bestimmt, daß die Einwohnerwehr sofort in Tätigkeit treten solle. Eine Abteilung der Sipo wurde mittelst Auto nach hier beordert. Am Sonntagnachmittag fand dann eine Versammlung des Handels- und Gewerbevereins statt, in der Bürgermeister Dr Müller scharf getadelt wurde, daß er die Sipo nicht früh genug gerufen und die Einwohnerwehr am Sonntagfrüh nicht in Tätigkeit treten ließ. Jetzt frage es sich: „Welche Stellung hat der Stadtrat hierzu einzunehmen?“ „Was wollen wir tun, um ähnlichen Vorgängen die Spitze zu bieten?“

St.-M. Popken schilderte den Rundgang, den Prof. Dr. Ommen und er selber in den Geschäften gemacht haben am Sonntagfrüh. Er hat vernommen, daß die Abmachung des Bürgermeisters mit dem Gewerkschaftskartell dahin ging, daß dem Bürgermeister die Garantie gegeben würde, daß keine Plünderungen vorkommen sollten, daß jedoch nicht die Garantie hierfür übernommen werden könnte, wenn die Einwohnerwehr zusammen treten werde.

St.-M. Eden hob hervor, daß anerkannt werden müsse, daß das Gewerkschaftskartell die Erregung der Menge zurückgehalten habe. Gleich beim Eintreffen des Zuges um 5 Uhr sei schon aus der Menge dem Gewerkschaftskartell zugerufen worden: „Was Ihr wollt, wissen wir, verhandeln gibt's nicht!“

St.-M. Brader, dessen Ausführungen zur Sache sich im wesentlichen mit denen des Vorsitzenden decken, führte noch einige neue Momente an. Am Sonnabend,

Falscher Wert.

Roman von H. Abt.

XIX.

„Frau Dorette Pauly...“

Dem Dienstmädchen, das ihr im Hausflur entgegenkam, hat sie lauten Tones, wie eine, die nicht willens ist, sich abweisen zu lassen, ihren Namen genannt, und nun steht sie im Vorzimmer, wartend, daß die Frau des Hauses erscheine.

Um sicher zu gehen, daß diejenige, der ihr Besuch gilt, sich nicht vielleicht vor ihr aus dem Hause flüchtet, hat sie ihren Wagen auf der Landstraße halten lassen und ist die letzte Strecke bis zum Gutshof zu Fuß gegangen. Noch einmal hier auf Lützenburg, darauf sie seit ein paar Tagen kein Anrecht mehr stehen hat. Der finstere Ausdruck, der auf ihrem Gesicht gelegen, als sie daheim in den feuerfesten Geldschrank hinein die Scheine geschlossen, mit denen sie für ihre auf Lützenburg stehende Forderung abgefunden worden, umdüstert wieder ihre Züge, und in trotziger Entschlossenheit ist das starke Kinn vorgeschoben.

Die kindliche Puppe hier soll ihr Rede stehen, Aufklärung will sie sich von ihr erzwingen über das, was aus dem glatten Rechtsanwalt nicht herauszuholen war. Sie will die Wahrheit wissen, will auch über anderes noch Klarheit haben, was schon seit Wochen in ihr wühlt. Und sie will sich wieder selbst in der Hand halten wie ehedem, will frei sein von bohrenden, grübelnden Gedanken, von tatenlos brütenden Stimmungen und vor allem von dem Gefühl, das sie als charakterlose Schwäche bei anderen stets am meisten verachtet und das doch jetzt schon mehr als einmal auch an sie sich hatte drängen wollen — — der Reue....

Ruhig ist Gertrud in das Vorzimmer getreten.

Schweigend schauen die beiden Frauen sich an, jede von der andern erwartend, daß sie als erste zu reden beginne. Mit einer Handbewegung fordert Gertrud zum Eintritt in das Wohnzimmer auf, und als auch da Frau Dorette noch immer prüfend sie anblickt, sagt sie, nicht unfreundlich, doch mit stolzer Haltung, ohne der andern Platz anzubieten:

„Ich hätte nicht geglaubt, daß Sie noch einmal den Weg zu mir finden würden. Ist es abermals ein Geschäft, das Sie hierher führt?“

Noch immer schweigt Frau Dorette. Nur noch einen Schritt dichter tritt sie an Gertrud heran, so daß sie ihr Auge in Auge gegenübersteht. Dann aber sagt sie:

„Wie lange ist es her, daß ich hier war? Auf den Tag sechs Wochen. Mir scheint, Sie haben sich merkwürdig verändert in der Zeit.“

„Ja, ich habe mich verändert“ gibt Gertrud gelassen zurück, aber ihr Kopf hebt sich noch stolzer empor, und sie ist von Dorette Pauly hinweg zur Seite gewichen. „Und auch Lützenburg hat sich verändert inzwischen.“

Ein kurzes rauhes Auflachen klingt in ihre letzten Worte. „Ja freilich, hat sichs verändert! Ich habe heute kein Recht mehr darauf stehen, es Ihnen zu verwehren, mich aus dem Haus zu weisen. Und, um zu erfahren, wie Sie das angefangen, darum bin ich nochmals gekommen.“

Ruhig blickt Gertrud nach ihr hin.

„Rechtsanwalt Hoffstetter hat als Bevollmächtigter meines Mannes auf Ihre eingereichte Forderung hin Ihnen die nötige Zahlung geleistet, soviel ich weiß. Sollte dabei etwas nicht ganz ordnungsmäßig erledigt worden sein?“

Dorette Paulys Lachen klingt wieder.

„Gott bewahre, alles in bester Ordnung. Lauter echte Tausendmarkscheine.... nicht ein einziger falscher darunter. Und doch...“ sie brach los, in ihren Augen funkelte etwas Wildes, das sie nur mühsam noch zurückhielt... „und doch ist Falschheit dahinter.. Betrug, dem ich zum Opfer gefallen bin.“

„Wenn Sie sich an falscher Rechnung betrogen haben sollten, hätten Sie das wohl nur allein mit dieser Rechnung abzumachen,“ sagte Gertrud kalt.

Frau Dorette Pauly stand wieder dicht vor ihr. „Lassen Sie den Ton, den Sie vor ein paar Wochen noch nicht hatten und antworten Sie mir! Welche schlau eingefädelte Heimlichkeit ist da vor sich gegangen, oder mit welchen Mitteln haben Sie, als Ihr Mann fort war, sich einen guten Freund breitgeschlagen, der Ihnen das Nest hier warm hält?“

In Gertruds Wangen steigt flammende Glut. Aber in die heiße Empörung des beleidigten Stolzes hinein mischt sich ihr eine heftig aufsteigende Angst. Um Gottes willen, wäre es denkbar, daß da nicht ein einzelner, von persönlicher Feindseligkeit geleiteter Mensch zu ihr spräche, könnte hier etwas von dem zu ihr dringen, wie die Stimme der Allgemeinheit urteilen, ihr Tun sich deuten würde, wenn es zur öffentlichen Kenntnis kam, daß sie durch Freundeshilfe für ihren Mann den schon so gut wie verlorenen Besitz wieder zurückgewonnen? In leidenschaftlicher Abwehr fährt sie auf:

„Wer darf es wagen, mich mit so niedrigen Verdächtigungen zu beleidigen?“

Dorette Pauly sieht sie durchdringend an; ihre starken Brauen sind finster zusammengezogen.

„Ueber eines sagen Sie mir die Wahrheit,“ fordert sie gebieterischen Tones. „Wußten Sie um Ihres Mannes Fortgehen, oder geschah es in Heimlichkeit vor Ihnen?“

Gertrud hat den Kopf stolz erhoben. „Sie fragen, was Ihnen nicht zukommt.“

„Heimlich also,“ nickt Frau Pauly, Gertrud betrachtend, als wolle sie sie mit ihren Blicken durchdringen. „Und daß Sie nun dafür hier sich so ins Zeug legen, soll das vielleicht so eine Art von Rache sein, möchten Sie etwa selber zur Herrschaft hier kommen, um ..... nachher besser heimzahlen zu können?“

Ein verächtliches Lächeln zuckt über Gertruds Gesicht.

„Es taugt nicht immer, den Maßstab eigenen Geschäftsbetriebs auch bei anderen anzulegen.“

Auf Frau Dorettes Stirn und Wangen glühten ein paar brennend rote Streifen auf, fast wie die Fingerspur eines empfangenen Schlages. Etwas Wildes funkelt in ihren Augen.

„Ihr Mann hat Ihnen gesagt, was zwischen ihm und mir gesprochen wurde, am Tage, nachdem ich bei Ihnen gewesen war?“

Ruhig blickte Gertrud Dorette Pauly an, die sie jetzt versteht, so sehr versteht, daß ihr fast ein Mitleiden kommt mit dieser Ungebärdigkeit, die tobend um sich schlägt, weil sie es nicht wahr haben will, vielleicht kaum selber weiß, daß ihr im Herzen drinnen ein Leid sitzt.

„Ich habe meinen Mann am Abend nach seinem Besuche zum letzten Male hier gesehen. Ob nachher noch eine Erörterung zwischen Ihnen stattgefunden, die vielleicht auf seinen Entschluß von Einfluß gewesen ist, weiß ich nicht.“

Frau Dorettes Kopf hatte sich gesenkt. Schweigend steht sie eine Weile vor Gertrud. Dann aber wirft sie jählings den Kopf wieder in den Nacken:

„Wollen Sie mir etwa Schuld geben, daß er fortgegangen ist?“

„Ihnen?“... Klar und fest ruhen Gertruds Augen auf ihr. „Ich gebe Ihnen keine Schuld, von der Sie selber sich nicht belastet fühlen.“

Und wieder funkelt es wie Haß aus Frau Dorettes Blick; ihre Hand hat sich um die Falten ihres Kleides zur Faust geballt.

„Mein gutes Recht habe ich gewahrt, nichts weiter!“

„Ihr gutes Recht — o ja. Und ich versuche es, mein gutes Recht zu wahren, meinem Gatten wieder zu schaffen, was er ohne mein Wissen um meinetwillen verloren.“

Es bleibt eine Weile still zwischen den beiden. Aus Frau Dorettes Augen ist das Funkeln gewichen, auf ihrem Gesicht liegt brütender Ernst, und schwer, als ringe sie sich nur widerwillig die Worte ab, klingt ihre Stimme, wie sie endlich sagt:

„Und Sie trauens sich zu, Lützenburg zu halten, bis Ihr Mann wieder zurückkommt? Und wenn nun Jahre darüber vergehen sollten?“

Wieder zögert Gertrud, eine Antwort zu geben. Aber plötzlich hat sie Frau Dorettes Hand gefaßt und sagt mit ernster Dringlichkeit, aus der heraus das heimliche Bangen klingt:

„Sie sind ehrlich, sind nicht kleinherzig... sagen Sie mir... was Sie vorhin andeuteten über die Hilfe, die ich gefunden... waren das nur Ihre eigenen Gedanken, oder... sprachen Sie damit auch andrer Meinung aus?“

Frau Paulys Lippen werfen sich geringschätzig auf. „Fragen Sie so sehr danach,“ was die Leute sagen?“

„Ja, ich frage danach,“ ruft Gertrud erregt. „Denn es ist meines Mannes Name, den ich zu behüten habe.“

„Ihr Mann...“ sagt Dorette Pauly langsam, mit dunklem Blick Gertrud ansehend. „Sind Sie so sicher, daß er es Ihnen danken wird, was Sie um ihn tun? Wissen Sie sich so eins mit ihm in dem, was Sie tun?“

„Ich weiß mich eins mit meinem Herzen,“ sagt Gertrud stillen Tones, ob auch ein Erblassen über ihre Wangen geht. Und dann wiederholt sie noch einmal:

„Ich bitte Sie — antworten Sie mir, wie es die Wahrheit ist.“

„Die Wahrheit“ — Dorette Pauly lachte kurz auf — „wie sie unter den Gläubigern ausgesprengt wurde, die tut Ihnen keinen Schaden... Ihre Mutter, die ja wohl zur rechten Zeit eine große Heirat gemacht hat, soll da zum erstenmal ihre adelige Noblesse gezeigt haben... Nun — Sie brauchen nicht die Menschen aufzuklären, wenn Sie es anders wissen. Und ich“ — sie zuckte die Schultern — „ich bin nie eine sehr unterhaltsame Natur gewesen über anderer Leute Angelegenheiten.“

„Ich danke Ihnen,“ sagt Gertrud, und der Ton, der Blick drücken mehr aus als das gesprochene Wort. Und dann fügt sie mit ehrlichem Freimut hinzu:

„Ich habe Ihnen bisher keinen Platz angeboten. Wollen Sie mirs beweisen, daß Sie mir das nicht nachtragen...?“

Aber Dorette Pauly schüttelt den Kopf.

„Lassen Sies gut sein. Heute nehme ich Ihnen die Ruhe nicht mit, auch wenn ich mich nicht setze. Ich kann es nicht haben, etwas in mir hin- und herzudrehen, was kein ganz Klares ist. Sie haben mich aufgeklärt... anders noch, als ich erwartet hatte, und .... wir haben wohl für die Zukunft nichts weiter miteinander zu schaffen?“

Sie neigt ein wenig den Kopf und geht der Tür zu. Gertrud bleibt zurück. Sie schaut auch nicht vom Fenster aus nach, wie Dorette Pauly den Hof von Lützenburg verläßt. Aber wie sie selber mit stillem Gesicht sich anschickt, zu ihrer Arbeit zurückzukehren, rührt sie wieder das dem Mitleiden gleichende Gefühl für die andere, die um denselben Mann gelitten haben mußte, wie sie.

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

mittags 12 Uhr versammelten sich die Kaufleute im „Adler", weil Gefahr im Anzuge war. Bürgermeister Dr. Müller wurde gefragt, was er dagegen zu tun gedenke, der seinerseits gesagt habe, für Sicherheit sei gesorgt worden. Am Sonnabend abend sei an ein Verhandeln mit dem Gewerkschaftskartell gar nicht zu denken gewesen. Von einem Verhandeln konnte keine Rede sein, das Kartell bewies überhaupt kein Entgegenkommen, es hatte die Preise schon vorher festgesetzt und erklärte, daß, wenn die Geschäftswelt nicht freiwillig ihre Geschäfte öffnen werde, die Leute sich die Waren holen würden. Die Zusammenkunft verlief daher ergebnislos. Bürgermeister Dr. Müller sei, nachdem die Geschäftsinhaber bis auf zwei oder drei sich entfernt hatten, noch in dem Verhandlungszimmer zurückgeblieben und habe unter dem Zwange wohl gesagt, er wolle dafür sorgen, daß die Einwohnerwehr nicht zusammentreten werde. Dem Bürgermeister müsse er den Vorwurf machen, daß er den Zusammentritt der Einwohnerwehr Sonntagfrüh um 6 Uhr abbestellt habe. Feststellen müsse er, daß die Preisfestsetzung unter Androhung von Gewalt seitens des Gewerkschaftskartells erfolgt sei. Ferner müsse festgestellt werden, daß Kaufmann Lammers durch Hilferufe, Signale und Fernsprecher keine Polizei erreichen konnte, während es dem einen Führer des Kartells im Augenblick gelang, einen Polizisten zu finden, der Lammers zwang, seinen Laden zu öffnen. Genau so lagen die Verhältnisse bei Kaufmann Bernh. Harms.

Bürgermeister Dr. Müller erklärte zu der Sache, daß er nicht gesagt habe, für Sicherheit sei gesorgt, es sei ihm dieses auch völlig unmöglich gewesen. Nach den ihm vorgelegenen Zeitungsnachrichten habe auch keine Aussicht bestanden, Hilfe von auswärts zu bekommen. Er habe deshalb das Gefühl gehabt: Wir sind auf uns selbst gestellt. Erstaunt sei auch er übrigens gewesen, daß mit dem Gewerkschaftskartell überhaupt nicht zu verhandeln war. Das Einzige, was zu erreichen war, war dieses, **daß die Waren nur auf die Jeversche Brotkarte verkauft werden sollten.** Nach dieser Festlegung habe er das Gefühl gehabt, daß die Sache dann weniger gefährlich werden konnte. Erstaunt sei er auch darüber gewesen, daß mehrere Kaufleute ohne weiteres erklärten, auf 50 Prozent Ermäßigung der Preise eingehen zu wollen. Der Verhandlungsgang mit dem Gewerkschaftskartell habe so deutlich ergeben, daß kein Gewehr auf die Straße kommen solle, wenn die Ruhe gewahrt und Plünderungen vermieden würden. Aus dem Ganzen habe er das Gefühl mitgenommen, daß auch die Kommission der Kaufleute das Gefühl hatte, es wäre besser, keine Waffen erscheinen zu lassen. Als er allein in der Kartellversammlung zurückgeblieben war, wäre dann plötzlich eine Gruppe in das Verhandlungszimmer hereingestürzt gekommen mit den Rufen: „Die Einwohnerwehr steht morgen früh 6 Uhr bereit!" Von dem Augenblick ab wollte sich niemand mehr an nichts halten. Das Kartellmitglied J. Warner habe sofort erklärt, sie würden noch in der Nacht eine gleiche Anzahl Gewehre sich verschaffen und diese der Einwohnerwehr gegenüberstellen. Nach der ganzen Lage habe er das Gefühl gehabt, so handeln zu müssen, wie er gehandelt habe, da eine Rettung von auswärts nicht zu erwarten war und da er auch geglaubt habe, daß seine Gefühle mit denen der Kommission identisch gewesen seien. Wenn ihm zum Vorwurf gemacht werde, eine Verbeugung nach links gemacht zu haben, so müsse er erklären, daß es ihm in diesem Falle völlig bewußt gewesen wäre, dafür eine Zustimmung bei der Mehrheit des Stadtrats nicht zu finden. Es müsse mit allen Kräften darauf gedrungen werden, daß der Staat für die Sicherheit der Bürger eintrete, daß solche Fälle nicht vorkommen könnten und daß ein Verhandeln mit einem Gewerkschaftskartell überhaupt nicht nötig wäre. Die Einwohnerwehren müßten ausgebaut werden. Dem Stadtrat empfehle er folgende Resolution zur Annahme:

„Bei den Zwangsverkäufen am vorigen Sonntag hat die Bürgerschaft vielfach im guten Glauben an die Rechtmäßigkeit ihres Erwerbes Waren zu Zwangspreisen gekauft. Da die Verkäufe nur unter Zwang erfolgt sind, werden die Käufer aufgefordert, die Waren entweder zurückzugeben oder den vollen Preis zu bezahlen. Vor Ankauf derartiger Waren wird gewarnt."

Nachdem Bürgermeister Dr. Müller noch kurz die Entschädigungsfrage besprochen hatte, betonte er nochmals, daß seine Anordnungen von dem Gesichtspunkte ausgingen, auf jeden Fall eine Plünderung zu vermeiden.

St.-M. Wilken hob hervor, daß die Preisfestsetzung kein Beschluß des Gewerkschaftskartells war, sondern daß die Preise von der Menge genannt waren. Das Kartell hat nur vermitteln und für Ruhe und Ordnung sorgen wollen, wenn die Geschäftswelt auf die Preisforderungen eingehen wollte. Unerwähnt dürfe nicht bleiben, daß am Schlusse der Kartellsitzung, als nur noch der Bürgermeister zugegen war, ausdrücklich erklärt worden sei, die Einwohnerwehr könne ohne Waffen antreten und patrouillieren. Wenn es dennoch zu Plünderungen kommen sollte, so habe sich das Gewerkschaftskartell bereit erklärt, seinerseits auch mit Waffen eingreifen zu wollen.

St.-M. Frau Cassens bekundete, daß nach Aussagen ihres Mannes an eine Verhandlung mit dem Gewerkschaftskartell überhaupt nicht zu denken gewesen wäre. Die Verabfolgung der Waren auf Jeversche Brotkarte war nicht durchführbar, weil die Verabfolgung der Waren mit Gewaltandrohung verlangt wurde.

St.-M. Brader erklärte, daß die Kaufmannschaft sich nicht mit den Beschlüssen des Gewerkschaftskartells einverstanden erklären konnte und es auch nicht getan habe. Bürgermeister Dr. Müller hätte sich schon am Sonnabendnachmittag mit Oldenburg in Verbindung setzen können und er sei noch in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag vom Wehrführer Arnold aufgefordert worden, sich mit dem Ministerpräsidenten Tantzen wegen Hilfe in Verbindung zu setzen; beides habe der Bürgermeister nicht getan. Darin sehe er eine Fahrlässigkeit ersten Ranges.

Professor Dr. Ommen schlug folgende Resolution zur Annahme vor:

„Der Stadtrat bedauert, daß es den Beauftragten des hiesigen Gewerkschaftskartells nach Verhandlungen mit Vertretern des Handels- und Gewerbevereins gelingen konnte, am Sonntag die hiesigen Ladeninhaber zu Zwangsverkäufen unter Festsetzung von Schleuderpreisen zu veranlassen. Die Bürgerschaft ist infolge der Anwendung solch ungesetzlicher Mittel mit Recht beunruhigt und erwartet, daß Eigentum und Recht von der Behörde geschützt wird. An einem ausreichenden Schutze hat es leider gefehlt. Der Stadtrat bedauert diese Vorkommnisse außerordentlich und ersucht den Magistrat dringend, in künftigen Fällen rechtzeitig Vorbeugungsmaßregeln zu treffen."

St.-M. Janßen möchte glauben, daß viele der Käufer freiwillig die Waren wieder zurückbringen werden.

Ratsherr Vetter verteidigte die Maßnahmen des Magistrats, die unter den obwaltenden Umständen für die richtigen angesehen werden mußten.

St.-M. Schmidt hätte die Vorgänge milder angesehen, wenn sie in rechtmäßigen Bahnen geblieben wären, so aber wären sie nichts anderres als Raub und Plünderung anzusehen.

St.-M. Carstens ist überzeugt, daß die Behörde völlig versagt hat, den Schutz des Bürgertums zu übernehmen. Man dürfe nicht den Worten der Führer glauben, sie hätten die Massen in der Hand; die Vorgänge hätten es gezeigt Die Schuld möchte er allen gleichmäßig zuschieben. Wenn die wirklich armen Arbeiter noch den Nutzen davon gehabt hätten, wäre die Sache noch etwas milder zu beurteilen, aber gerade diese konnten keine Ware bekommen, weil sie trotz der niedrigen Preise kein Geld zum Kaufen hatten. Nur die Schieber unter den Arbeitern, die immer Geld für solche Geschäfte bereit hätten, konnten die Sachen erwerben. Er möchte dasjenige Gewerkschaftskartell sehen, das ihm sagen könne: „Es ist dem armen Arbeiter geholfen." Arbeitern, die am Sonntag nicht kaufen konnten, sei es nun doch viel schwerer gemacht, Waren zu kaufen, weil nichts mehr zu haben sei. In Wirklichkeit wären also die Arbeiter gedrückt und ihnen nicht geholfen. Mit Arbeiten müsse dem Arbeiter geholfen werden, aus der Arbeitslosigkeit heraus würden solche Vorgänge geboren. Raub und Diebstahl sei es am Sonntag gewesen, nichts anderes.

St.-M. Gröschler hält es für durchaus wünschenswert, daß die gestellten Schadenansprüche auch erfüllt werden.

St.-M. Eden wies wiederholt auf die Bemühungen des Gewerkschaftskartells hin, vermittelnd zu wirken.

Nachdem noch weitere Stadtratsmitglieder zur Sache sprachen, aber wesentlich neue Gesichtspunkte nicht brachten, wurde zunächst über die Resolution des Magistrats abgestimmt; sie wurde mit allen gegen drei Stimmenthaltungen (die der Sozialdemokraten) angenommen. Das gleiche Ergebnis hatte die Abstimmung über die Resolution des Vorsitzenden.

Durch St.-M. Eden ließen die sozialdemokratischen Redner erklären, daß sie den Ausgang der Vorgänge mißbilligen. St.-M. Eden stellte folgenden Antrag, der einstimmig angenommen wurde:

„Der Stadtrat empfiehlt die Einsetzung einer Preisprüfungskommission unter Beteiligung von Vertretern der gesamten Einwohnerschaft."

Im übrigen sei bemerkt, daß außer den drei sozialdemokratischen St.-Mitgliedern alle anderen die Vorgänge aufs tiefste bedauerten und das wenig energische Vorgehen der Behörden verurteilten.

Zum Schlusse wurde noch kurz auf die Ausgestaltung und Kostenfrage der Einwohnerwehr eingegangen. — Dem Rennverein wurden zu Ehrengaben 200 ℳ bewilligt. Schluß der Sitzung gegen 9 Uhr.

Jever, 29. Juni.

h. **Einen trostlosen und ergreifenden Anblick flößen jedem ordnungsliebenden Menschen bei einem Rundgange durch die Stadt die ausgeraubten Schaufenster unserer Geschäfte ein. Dekorationsattrappen, Konfektionsbüsten usw. liegen im wirren Durcheinander in den Fenstern umher, hier und da hängt noch ein Stoffrest, der dem habgierigen Volke entgangen zu sein scheint und vorläufig wenigstens seinem rechtmäßigen Besitzer gerettet ist. Besonders wüst muß es in den Geschäften von Dettmers, Quedens und Reese hergegangen sein. Wer das Feld der Tätigkeit des bolschewistischen Treibens übersieht, muß von tiefer Trauer ergriffen sein. Wie uns bekannt geworden, ist der Führer des Gewerkschaftskartells, Eiserbeck, von der Sipo verhaftet worden und auch der Angreifer, der dem Dr. Hempel am Sonntag vor dem Schwabeschen Geschäftsheuse das Gewehr entriß, er heißt Paetzold und ist Stellmachergeselle.**

h. **Der angekündigte Ausflug des Vereins ehemaliger Schülerinnen und Freunde des Lyzeums findet umständehalber morgen Mittwoch nicht statt; er wird auf einen andern Tag verlegt. (Siehe Anz.)**

h. **Für die Grenzspende sammelten die Schülerinnen des Lyzeums gelegentlich ihres Ausfluges nach Wangerooge 301 ℳ. Diese stattliche Summe ist dem Wochenblatt zur Weiterbeförderung übergeben.**

* **Eine Fahrplanänderung im Eisenbahnverkehr tritt am 1. Juli auf den Strecken Jever—Wilhelmshaven, Jever—Wittmund und Jever—Carolinensiel ein.**

* **Erzeugerhöchstpreis für Frühkartoffeln.** Nach Anordnung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft tritt vom 1. Juli 1920 an die öffentliche Bewirtschaftung der Frühkartoffeln ein. Der Mindestpreis für Kartoffeln ist durch Reichsverordnung vom 13. März 1920 auf 25 ℳ festgesetzt worden. Mit Rücksicht darauf, daß der Preis für die im Lieferungsvertrage abzugebenden Herbstkartoffeln einheitlich vom Reich auf 30 ℳ bestimmt ist, hat die Landeskartoffelstelle mit Zustimmung ihres Beirats den Erzeuger höchstpreis für Frühkartoffeln auf 30 ℳ je Zentner festsetzen müssen, um die Zufuhr von Frühkartoffeln in die Städte und Bedarfsbezirke nicht zu gefährden. Auf die amtlichen Bekanntmachungen des Ministeriums und der Landeskartoffelstelle in der heutigen Nummer wird besonders aufmerksam gemacht.

* Schortens, 28. Juni. **Geflügelzuchtverein Schortens.** Die am Sonnabend bei Gastwirt Becker abgehaltene Versammlung erfreute sich eines guten Besuches. Verschiedene Aufnahmen wurden vollzogen, außerdem lagen noch Anmeldungen vor, ein Beweis, daß der Verein wieder auf seine frühere Höhe gebracht werden kann. Der Zweck des Vereins besteht darin, die Rassegeflügelzucht hier am Orte zu fördern und den Mitgliedern eine billige Bezugsquelle für Bruteier, Zuchttiere und Futtermittel nachzuweisen.

* Varel, 28. Juni. **Sommerfest der Deutschen Volkspartei.** Wer am Sonnabend der bescheidenen Festlichkeit im Garten des Kaffeehauses beigewohnt hat, wird eine Erinnerung aus den heurigen Sommerfreuden gewonnen haben. Alles, was man dort sah: der Eichen rauschende, der Linden duftende Pracht, die kleinen segelnden Wolken am blauen Firmament, die freudig erregten Gesichter der Menschen, die blumenbekränzten Tische und Veranden, Nelken, Rosen und Kornblumen in bunter Zahl, war Segen der Sommerzeit. Aus der weiten Umgegend und der Friesischen Wehde, aus der Marsch und dem Butjadinger Lande waren Freunde und Gönner herbeigeholt. Der Besuch konnte nicht stärker sein. Nachdem die Stadtkapelle durch einige Weisen erfreut hatte, eröffnete gleich nach Ankunft der Redner Herr Rabien, Varel, die offizielle Festlichkeit. Ein Prolog voll poetischen Inhalts, gesprochen von Lehrer Gerdes, leitete die Feier ein. In den Zwischenpausen konzertierte die Kapelle. Ein Redner nach dem andernbestieg das Podium und man hörte alles noch einmal wieder — allerdings in der warm berührenden friedfertigen Form —, was während des Wahlkampfes aufs Tapet gebracht wurde. Reichstagsabgeordneter Gildemeister war eigens von Berlin aus herbeigeeilt, er sprach von dem politischen Stand der Dinge, von der kernfesten, verantwortungsbewußten Arbeit und dem großen, hohen Ziele zu des Vaterlandes Größe und Schönheit. Durch alle Ansprachen glühte der Geist des Sichbehauptenwollens, des Willens zur Einheit und Verständigung auch unter allen Gliedern des Volkes, das Gefühl für die Not des Tages und das warme Empfinden für das Unglück der Nation. Frl. Dr. Lürßen, Bremen, wandte [illegible] vornehmlich an die Frauen, denen sie, mit äuß[illegible] freier Dialektik, ernste Mahnungen ins Gedächtnis zurückrief, so namentlich in bezug auf die Erziehung der Jugend. Die Rede des Oberlehrers Meineke, Wilhelmshaven, wird alle sichtlich berührt haben; der Mann sprach mit einem Temperament, das nur aus den einzig wahren Quellen der Ueberzeugung und des Rechtsbewußtseins gewonnen wird. Nachher sprachen noch Herr Ellrich, Rastede, und Gemeindevorsteher Wulff, Jade, der in äußerst markigen Worten den Segen der Arbeit und die Liebe zur Scholle pries. Allen Rednern dankte man mit warmem Beifall. (Gem.)

§ Oldenburg, 28. Juni. **In das hiesige Gefängnis eingeliefert** wurden unter starker Bedeckung heute vormittag sieben Personen, die sich in besonders hervortreiender Weise an den Unruhen und Plünderungen in Delmenhorst beteiligt haben. — **Entwendet** wurde aus einem Eisenbahnwagen, der von Brake nach Delmenhorst bestimmt war, ein Sack mit 100 Kilogramm Weizenmehl und zwar vermutlich in der Mittagszeit in Delmenhorst. — **Nicht befriedigt** hat die getroffene Regelung der Preisherabsetzung in den Kreisen der radikalen Arbeiterschaft. In einer Versammlung wurde die Proklamierung des Generalstreiks über den Kopf des Gewerkschaftskartells hinaus empfohlen.

Spiel und Sport.

„Sportverein Jever" — W. S. C. „Frisia II", W'haven.

Um den edlen Fußballsport zu pflegen und sich im Wettkampf zu messen, wurde obiges Spiel am Sonntag auf dem gr. Exerzierplatz in Wilhelmshaven ausgetragen und endete bei ziemlicher körperlicher und technischer Ueberlegenheit der „Friesen" mit 3:1 Toren. Halbzeit 3:0. Die Jeveraner traten mit zwei Ersatzleuten an, zudem wurden einige Spieler während des Kampfes infolge Verletzungen fast spielunfähig, so daß man mit dem Endergebnis durchaus zufrieden sein kann. Am Sonnabend den 3. Juli nchm. 5 Uhr findet ein Rückwettspiel derselben Mannschaften auf der Schützenhofwiese in Form eines Sechsertourniers statt, das äußerst spannend zu werden verspricht. — Die Uebungsabende sind wie folgt festgelegt: Dienstag: Spieler der I. Mannschaft. Mittwoch: Leichtathletik, beginnend am 7. Juli. Donnerstag: Spieler dr II. Mannschaft. — Die Liste zur Leichtathletik liegt zur Einzeichnung bis zum 3. Juli im Schützenhof aus.

Wetterdienst für Oldenburg und Ostfriesland.

Im Kriege hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, für die See- und Luftschiffahrt einen dezentralisierten Vorhersage-Dienst nach neuartigen Grundsätzen einzurichten, der an vielen Orten der Nord- und Ostseeküste durch Wetterwarten des Marine-Luftfahr-Wetterdienstes, jetzigen Seewetterdienstes, ausgeübt wurde. Eine dieser Stellen ist die noch jetzt bestehende Seewetterwarte Wilhelmshaven. Die Seewetterwarte gibt auf Grund der Zusammenstellungen zweimal täglich, früh und abends, ihre Wettervorhersagen heraus, die durch F.-T. von einer der F.-T.-Stellen der Reichsmarine verbreitet werden, außerdem telephonisch an etwa 20 Stellen, wie Behörden der Marine und der Magistrate, Fischereien und Kleinschiffahrtsbetrieben abgegeben werden. Ferner druckt sie zweifarbige Wetterkarten, die täglich an etwa 45 Bezieher in Wilhelmshaven und Umgegend versandt und innerhalb Wilhelmshavens durch eigenen Boten umgehend ins Haus gebracht werden. Außer diesen festen Vorhersagen werden auch besondere F.-T.-Sprüche abgegeben bei Witterungsumschlägen, welche die Kleinschiffahrt beeinträchtigen können. Seit kurzem ist für die wieder einsetzende Luftschiffahrt in Ahlhorn ein beschränkter Gewitterwarnungsdienst eingerichtet, der auch der Landwirtschaft und allen anderen dafür in Frage kommenden Kreisen dienstbar gemacht werden wird. Unter der Mitarbeit des am Ort befindlichen Marine-Observatoriums ist ferner die Herausgabe von Sturmflut-Warnungen beabsichtigt, welche der Landwirtschaft die jährlichen, unter den jetzigen ungeheuren Viehpreisen besonders drückenden Verluste, die bei außendeichs weidendem Vieh häufiger, als der Allgemeinheit bekannt ist, vorkommen, ersparen soll und die rechtzeitige Einbringung des Grodenheus ermöglichen soll.

Leider ist nun der Weiterbestand der Seewetterwarte Wilhelmshaven über den 31. März 1921 hinaus in Frage gestellt, da die bisher von der Kriegsmarine für Aufrechterhaltung derselben in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellten Mittel infolge der schlechten Finanzlage des Reiches nach Beendigung des Minenräumdienstes, wahrscheinlich schon vor dem angegebenen Zeitpunkte, nicht mehr zur Verfügung sein werden, sehr zum Leidwesen der Marine, die die Hoffnung ausgesprochen hat, daß eine Erhaltung der Seewetterwarte durch teilweise Beteiligung der interessierten Kreise möglich sein möchte! So besteht nun die Gefahr, daß ein vollständig der Neuzeit entsprechend eingerichtetes Institut mit eingearbeitetem Personal, das mit den an der Nordsee sowie in Oldenburg-Ostfriesland eigentümlichen Verhältnissen vertraut ist, binnen Jahresfrist geschlossen wird. Sache aller in Betracht kommenden Kreise, Städte, sämtlicher Fischerei- und Kleinschifffahrtsbetriebe der Nordsee sollte es sein, ihren ganzen Einfluß zur Aufrechterhaltung eines für die Gesamtheit wichtigen öffentlichen Dienstes aufzubieten.

Ernte des Rapses und Rübsens.

Wenn wir die zur Zeit vorherrschende trockene Witterung beibehalten, kann wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen im größten Teil unseres Landes mit der Ernte des Rapses und Rübsens begonnen werden. Doch ist es nicht immer leicht, den hierfür richtigen Zeitpunkt zu ermitteln. Sehr häufig werden sie entweder zu früh oder zu spät gemäht. In beiden Fällen erleidet man stets einen größeren oder geringeren Verlust. Wird der Raps oder Rübsen zu früh gemäht, dann enthalten die Körner wenig Oel, und auch während der Nachreife und des Lagerns schrumpfen die Körner noch stark ein. Außerdem neigen solche Körner gern zum Schimmeln und müssen während des Lagerns oft gewendet werden. Läßt man aber die Körner ganz ausreifen, dann enthalten sie allerdings mehr Oel, denn je reifer der Raps und Rübsen wird, desto mehr nimmt der Oelgehalt der Körner zu. Aber ein anderer Nachteil ist dann zu befürchten, daß nämlich die Schoten leicht aufspringen und ein großer Teil der Körner dadurch verloren geht. Unter Umständen kann der dadurch entstandene Verlust sehr groß sein. Ich kenne alte Landwirte, die daher zur beginnenden Reifezeit tagtäglich 2 bis 3mal aufs Feld gehen, um den richtigen Zeitpunkt der Ernte ja nicht zu versäumen.

Je nachdem die Ernte mit der Mähmaschine, der Sense oder der Sichel vorgenommen wird, ist auch der Zeitpunkt des Mähens ein verschiedener. Soll mit der Mähmaschine gemäht werden, dann ist der beste Zeitpunkt, wenn das Grün des ganzen Feldes einem rötlich-gelben Schimmer gewichen ist, also in der Halb- oder Vorreife. Wird aber mit der Sense gemäht, so braucht mit der Ernte erst begonnen zu werden, wenn sich die Körner in den untersten Schoten [illegible] „rote Backen haben" und das gesamte [illegible] bereits gelblich schimmert. Noch etwas später [illegible] werden, wenn mit der Sichel geschnitten wird. Ist die Reife aber schon weit vorgeschritten, manchmal handelt es sich um 1 bis 2 Tage, dann empfiehlt es sich, in der Nacht oder schon am frühen Morgen zu mähen, weil der betaute Raps und Rübsen zäher ist und die feuchten Schoten weniger leicht ausfallen. Allerdings wird man gut tun, sich bei der Beurteilung dieser Frage nicht allein auf die Farbe bezw. auf das Aussehen zu verlassen. Um den richtigen Zeitpunkt der Ernte festzustellen, gibt es noch eine Menge anderer, mehr oder weniger gute Hilfsmittel. Jeder schwört selbstverständlich auf das, was er schon jahrelang kennt und anwendet. Deshalb möchte ich hier nur noch eins, ein ganz einfaches Hilfsmittel, kurz erwähnen und sehr empfehlen: Man bricht einige Schoten auf, legt ein oder zwei Körner auf den linken Daumennagel und zerdrückt sie mit dem rechten . Bleiben nun die zerdrückten Körner auf dem Daumennagel festkleben, dann sind die Körner noch nicht reif; lassen sie sich aber leicht abwischen, oder gleiten sie gar von selbst ab, dann ist der richtige Zeitpunkt des Mähens gekommen, im letzten Falle schon überschritten.

Bei sicherer Witterung wird der Raps und Rübsen zum Nachreifen und Trocknen auf hochgelassener Stoppel in kleinen Gelegen auf das Feld gelegt; bei unsicherer Witterung dagegen wird er gleich nach dem Schnitt in kleine Garben gebunden und in Stiegen oder Hocken zusammengestellt.

Sobald er genügend trocken ist, wird er unter Beobachtung größter Vorsicht eingefahren. Größte Vorsicht ist beim Einfahren deshalb nötig, weil die trockenen Schoten schon bei geringer Berührung aufspringen. Infolgedessen werden bekanntlich die Erntewagen bis zu den Leitern mit großen Plantüchern ausgelegt und dürfen die Gelege bezw. Garben nicht aufgestochen, sondern müssen vorsichtig auf die Erntegabeln gelegt und hinaufgereicht werden. Auch beim Abladen sollten immer um den Wagen herum große Plane ausgebreitet werden.

Das Ausdreschen kann mit der Hand oder der Maschine geschehen. Wenn mit der Maschine ausgedroschen wird, empfiehlt es sich, den Dreschkorb weit zu stellen, damit möglichst wenig Körner beschädigt werden.

Auf dem Boden müssen die Körner zur Verhütung des Verschimmelns in der ersten Zeit flach aufgeschüttet und möglichst oft gewendet werden. Und zwar müssen sie um so flacher aufgeschüttet und um so öfter gewendet werden, je feuchter sie sind.

Letzte Meldungen.

Energischer Protest gegen die Polizeiverwaltungen von Wilhelmshaven und Rüstringen.

Wilhelmshaven, 29. Juni. Der Verband für Handel und Industrie hatte gestern abend eine sehr stark besuchte Versammlung einberufen, in welcher energischer Protest erhoben wurde gegen die Polizeiverwaltungen von Wilhelmshavenund Rüstringen, die sich trotz vorhergegangener Warnungen als unfähig erwiesen hätten, die Plünderungen am letzten Sonnabend zu verhüten. Der Schaden beträgt mehr als zwei Millionen Mark. Viele Gewerbetreibende hätten ihr ganzes Vermögen verloren und ständen vor dem wirtschaftlichen Ruin. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, welche in scharfen Worten das Verhaltender Polizei tadelt.

Der Völkerbund will in der polnisch-russischen Frage intervenieren.

Amsterdam, 29. Juni. Die „Times" melden aus Warschau, daß dort ein Bericht eingetroffen sei, der Völkerbund beabsichtige, in der polnisch-russischen Frage zu intervenieren. Dieser Schritt würde in Polen mit Freuden begrüßt werden, da die übergroße Mehrheit der Bevölkerung den Frieden herbeisehne, wenn er auf ehrenvolle Weise erreichbar sei.

Der Hafenarbeiterstreik in Danzig beigelegt.

Danzig, 28. Juni. Der Hafenarbeiterstreik wurde heute nachmittag durch Verhandlungen mit dem Oberkommissar beigelegt. Die Arbeit soll Dienstag früh wieder aufgenommen werden.

Griechische Truppen in Paderma gelandet.

London, 29. Juni. „Evening News" meldet aus Konstantinopel: Am Freitag sind griechische Truppen in Paderma an der Südküste des Marmarameers gelandet worden, um die Dardanellengegend von den Nationalisten zu säubern.

Italien sendet keine Truppen nach Valona.

Rom, 28. Juni. Giolitti hat seiner Erklärung in der Kammer, daß die Besetzung von Valona durch eine andere Macht eine Gefahr für Italien bedeuten würde, hinzugefügt, die Frage sei sehr verwickelt. Immerhin dürfte Italien keine Truppen dorthin entsenden.

Zusammenstoß zwischen Sozialisten und Volksparteilern in Italien.

Rom, 28. Juni. In Breszia und Norezzo hat ein Zusammenstoß zwischen Sozialisten und Volksparteilern stattgefunden, wobei ein Mann von der Karabiniorie getötet wurde.

Eingesandt.

Vorsicht! An dem sonntäglichen Raubzug des Pöbels, den eine wenig geschickte Leitung der Stadt nicht zu verhindern vermochte, haben sich unbegreiflicherweise auch anscheinend einige Personen des Bürger- und Beamtenstandes beteiligt, um „billig" einzukaufen. Das ist schwer zu verurteilen! Um so widerlicher aber berührt es, wenn Klatschweiber und Lügenmäuler Personen, insbesondere Damen, verdächtigen, die nicht allein dem pöbelhaften Treiben fernstehen, sondern es aufs tiefste verabscheuen. Diese verächtlichen Klatschmäuler seien gewarnt, da ein gerichtliches Nachspiel ihnen vielleicht doch noch unangenehm werden könnte. Die wirklich Schuldigen wird hoffentlich der Handels- und Gewerbeverein bald öffentlich namhaft machen. xy.

Marktberichte.

d. **Jever, 29. Juni.** Dem heutigen Viehmarkte waren zugetrieben 3 Stück Hornvieh, 200 Schweine und 17 Schafe. Der Handel war in allen Teilen sehr flau. Schweine wurden zu 100 bis 120 ℳ angeboten. Es wurden nur wenige verkauft.

Wettervoraussage für Mittwoch den 30. Juni.

Veränderlich, ziemlich warm, Niederschläge oder Gewitter.

Gib Deine Grenz-Spende für die Volksabstimmung dem Deutschen Schutzbund
Annahmestelle:
Geschäftsstelle dieser Zeitung

Amtliche Anzeigen.

Neue Züge und Fahrplanänderungen.

Am 1. Juli 1920 treten auf den nachfolgenden Strecken Aenderungen und Ergänzungen im Personenzugfahrplan ein. [11829

Strecke Wilhelmshaven-Jever-Wittmund:

Pz. 84 2.–4. Kl.	Pz. 86 2.–4 Kl.	Pz. 88*) 2.–4. Kl. (Nur Sonntags)	Nur an Werktagen		↓	↑	Pz. 89*) 2.–4. Kl.
12,40 (wie bisher)		8,55		ab	Wilhelmshaven	an	8,45 nachm. (Nur Sonntags)
12,45		9,00		"	Rüstringen	ab	8,40 "
12,52		9,07		"	Mariensiel	"	8,33 "
12,58		9,13		an	Sande	"	8,26 "
1,16	5,15	9,19	8,55	ab	"	an	8,20 " (Täglich)
1,22	5,21	9,25	9,01	"	Sanderbusch	ab	8,15 "
1,31	5,29	9,34	9,10	"	Ostiem	"	8,08 "
1,37	5,35	9,40	9,16	"	Heidmühle	"	8,03 "
1,46	5,43	9,49	9,25	an	Jever	"	7,54 "
1,50	5,54	9,56	9,45	ab	"	an	7,44 "
1,58	6,00	10,02	9,51	"	Vereinigung	ab	7,38 "
2,04	6,05	10,07	9,56	"	Asel	"	7,33 "
2,10	6,11*)	10,13	10,02	an	Wittmund	"	7,27*) "
	nachmittags						

*) Pz. 88 und 89 verkehren zwischen Wilhelmshaven und Sande nur Sonntags.
*) Pz. 86 und 89 werden bis und von Esens durchgeführt.

Strecke Jever-Carolinensiel:

Pz. 688. 2.–4. Kl. (Nur an Werktagen)		Nur Sonntags			
9,50	nachm.	10,00	nachm.	ab	Jever
9,58	"	10,08	"	"	Wiefels
10,03	"	10,13	"	"	Bussenhausen
10,09	"	10,19	"	"	Tettens
10,16	"	10,26	"	"	Hohenkirchen
10,23	"	10,33	"	"	Garms
10,31	"	10,41	"	"	Carolinensiel

Der Erzeugerhöchstpreis für Speisekartoffeln (Frühkartoffeln) aus der Ernte 1920 beträgt im Landesteil Oldenburg vom 1. Juli d. J. an bis weiter 30 Mark für den Zentner. [11836

Oldenburg, den 28. Juni 1920.

Landeskartoffelstelle. Verwaltungsabteilung.
R. Weber.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen unter den Viehbeständen: [11820

1. des A. Janßen, Sanderahm,
2. des G. Brahms, Sande,
3. des Th. Menßen, Stummeldorf, Gem. Sillenstede,
4. des H. Behrens, Sandel.

Sperrgebiet sind in jedem Falle die Seuchenweiden und die unmittelbar angrenzenden Weiden. Das Beobachtungsgebiet für die Seuchenfälle Janßen und Brahms ist die Gemeinde Sande, im übrigen wird es gebildet durch die Weiden, die das Sperrgebiet unmittelbar umgeben.

Jever, den 28. Juni 1920.

Oldenburgisches Amt Jever.
J. A.: Tantzen.

Bekanntmachungen der Stadt Jever.

Auf Abschnitt 17 der Lebensmittelkarte kommen zur Verteilung [11847

2¾ Pfund Haferflocken

zum Preise von 1.40 Mark das Pfund.

Die Abschnitte sind bis Donnerstagmittag in den Geschäften und von diesen bis Freitagmittag im Rathause abzugeben.

Jever, den 28. Juni 1920.

Stadtmagistrat.

Die der Sparkasse zufließenden Hypothekenzinsen sind frei von der Kapitalertragssteuer und ohne Abzug einzuzahlen. Besondere Zahlungsaufforderungen werden nicht mehr verschickt. [11827

Jever, den 29. Juni 1920.

Sparkasse der Stadt Jever.

Amtsverbandssache.

Das Gras an den Banketts der Amtsverbandschausseen Schortens-Dykhausen und Schortens-Schoost wird Freitag den 2. Juli d. J. nachmittags 6 Uhr an Einwohner des Amtes Jever öffentlich gegen Barzahlung verkauft. Reflektanten wollen sich in Grahlmanns Gasthause zu Schortens einfinden.
11833] **E. Lauts**, Vertrauensmann.

Das Bankettgras an der Amtsverbandschausseestraße Hohenkirchen—Altgarmssiel wird am **Freitag den 2. Juli d. J. nachm. 2½ Uhr** in A. Dirks Wirtshaus zu Hohenkirchen öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden. Liebhaber ladet ein
11819] **E. Poplen**, Vertrauensmann.

Kirchengemeinde Sande.

Die Einweihung des neuen Friedhofes soll am Mittwoch den 30. d. M. nachmittags 3 Uhr gelegentlich der ersten Beerdigung auf demselben stattfinden. Teilnehmer an dieser schlichten Feier wollen sich dem Trauergefolge anschließen. [11826

Der Kirchenrat.

Vermischte Anzeigen.

Frau Juilf Hinrichs Witwe in Ostiem läßt
Sonnabend den 3. Juli d. J. nachmittags 5½ Uhr
etwa 10 Matten
Altlands- und Moorlandsmehde
in passenden Abteilungen
öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkaufen.
Versammlungsort: Ollig Buschers Wirtschaft in Ostiem. [11791
Käufer lade freundl. ein
Heidmühle. Fritz Haschen.

Reisegepäck-Versicherung [11109
durch **J. H. Bruns, Jever, Neuer Markt 8.**

Sehr preiswert abzugeben **ein neuer kompletter**
Ackerwagen
mit 10 Zentimeter breiten Felgen und vollständigem Aufsatz oder auf Wunsch ohne Aufsatz. (11762
F. W. Schoolmann, Schmiedemeister, **Wittmund,** Klusforderstraße 209. Fernsprecher 186.

Orchestrion,
Tanzmusik vollkommen ersetzend, mit 10 Walzen, je mehr. Stücke spielend, Größe 2,35 mal 1,45 mal 3,07 Meter, zum geringen Preis von 4000 Mark zu verkaufen.
11831] Göppert. Wilhelmshaven, Hinterstraße 28.

50 gelbe Wiener Stühle, so gut wie neu,
50 Klappstühle (Holz)
sofort zu verkaufen. Vermittl. zahle gute Provision. Offerten unter **S. B. 133** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten. [11828

Steckrübenpflanzen
zu verkaufen. [11846
Moorhausen. E. Mettcker.

Habe Steckrübenpflanzen zu verkaufen. [11783
Schwemme. H. Oncken.

Runkelrübenpflanzen
anzukaufen gesucht. [11845
Moorhausen. E. Mettcker.

Möbliertes Zimmer
an einfachen Herrn zu verm. Näh. in der Geschäftsstelle d. Bl. [11804

Gesucht auf sofort oder später **ein Knecht.** [11840
Edoburg. Ulfers. Arbeitsnachweis Jever.

Vertrauensstellung.
Gesucht eine ältere Haushälterin zur selbständigen Führung eines größeren städtischen Haushalts. Offerten unter **A. M. 11841** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Witwer,
30 Jahre alt, ohne Anhang, gelernter Handwerker, sucht die Bekanntschaft einer Dame oder Witwe vom Lande zwecks späterer Heirat. (11832
Nur ernstgemeinte Offert. unter E. A. 500 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Maurerarbeit,
Dockenbinden, Dockenlegen, sowie Grabumfassungen jeglicher Art auf Friedhöfen übernimmt (11824
Christian Rose, Sanderbusch Nr. 28.

Dem Stier Blondin
können keine Kühe zugeführt werden. [11814
Hillerns u. Albers, Neu-Strückhausen.

2 große Kabinen-Koffer zu kaufen gesucht. Off. L. W. 1000 Geschäftsst.

Verloren
am Sonntag von der Wasserpfortstr. zum Parkhaus ein gold. Armband. Wiederbringer Belohnung. [11817
Wasserpfortstr. 5.

Hund zugelaufen.
Gegen Erstattung der Kosten abzuholen. [11815
Münkenwarf, Auskundigerei.

Entlaufen
aus meiner Weide in Wulfswarfe bei Sillenstede ein 2jähriges schwarzb. Beest. Gebrannt Fuß u. Horn W. B. Dem Auskünftgeber gute Belohnung. [11816
Wilh. Beenken, Siebetshaus.

Schafentlaufen
Heddoburg. Frau Tiarks.

Sommerfest
anläßlich des einjährigen Wiederbestehens des S. V. J.
Sonnabend den 3. Juli 1920.
Nachmittags 5½ Uhr:
Sechsertournier auf der Schützenhofwiese F. C. Frisia, W'haven gegen S. V. J. [11807
Abends 7½ Uhr:
Ball, verbunden mit Vorträgen, Lampion-Polonaise usw., im großen Saal des Schützenhofes.
Der Vergnügungsausschuß.

Jever.
Freitag, 2. Juli 1920, nachmittags 3 Uhr
werde ich im Auftrage des Amtsvorstandes Jever an der Rosenstrasse den Rest der von der letzten Auktion herrührenden [11825
eichenen Fleischfässer
öffentlich meistbietend auf übliche Zahlungsfrist verkaufen, wozu ich Kaufliebhaber einlade.
Wilhelm Albers,
Amtl. Auktionator in Jever.

Jever.
Herr Bauunternehmer Heinrich Tiaden, hier, hat mich beauftragt, sein am Park des Schützenhofes belegenes bequem eingerichtetes [11680
Haus
nebst Stall, Obst- und Gemüsegarten,
im Wege freiwillig öffentlicher Versteigerung zu verkaufen.
Termin hierzu habe ich angesetzt auf
Donnerstag den 1. Juli nachmittags 5 Uhr
in H. P. Harms Bahnhofshotel, wozu ich Kaufliebhaber einlade mit dem Bemerken, daß das Gebäude sich in einem sehr guten Zustande befindet und mit einer Oberwohnung versehen ist.
Wilhelm Albers,
Amtlicher Auktionator in Jever.

Unter meiner Nachweisung steht der Restbestand eines Lagers in [11788
elektrotechnischen Materialen,
sowie Handwerkzeugen zum Verkauf.
Liebhaber wollen sich an mich wenden.
Jever, Bahnhofstr. 33. **A. Funke,** Auktionator.

Die Erben des verstorbenen Arbeiters Edo Göken, hierselbst, wollen die zum Nachlaß gehörende [11813
Besitzung,
bestehend aus dem günstig belegenen, zu zwei Wohnungen eingerichteten Wohnhause nebst Stall und schönem 18 Ar großem Garten, zum Antritt auf November d. J. durch mich verkaufen. [11813
Käufer lade ich ein, sich
Sonnabend den 3. Juli d. J. nachmittags 6 Uhr
in Frau Fr. Cornelius Witwe Wirtshaus, hierselbst, einfinden zu wollen.
Rüstersiel. C. Willms.

J. W. R. Schwedland, Jever.
Spezialwerkstatt für Maschinen und Apparate.
Ankerwickelei. Neu- und Umwickeln von Motoren auf andere Spannungen. **Kollektorenbau.** Anfertigung sämtlicher Ersatzteile für Maschinen der Landwirtschaft und Industrie. **Installation** von Licht- und Kraftanlagen. **Ausbau von Straßennetzen,** sowie Uebernahme ganzer Ortschaften.
Telephon 463.

Gesucht auf sofort **ein Mittelknecht.** J. N. Blohm. Sengwarderweg. Arbeitsnachweis Jever.

Gesucht Eleve oder junger Mann für Landwirtschaft. [11844
Näheres bei Herrn W. Martens, Bremer Schlüssel.

Suche möglichst auf sofort einfaches junges
Mädchen
für eine größere Landwirtschaft gegen gutes Gehalt bei Familienanschluß.
Näheres Jever, Bahnhofstraße 20. [11848

Gesucht zuverlässiges **junges Mädchen** für landwirtschaftlich. Haushalt. [11843
Näheres bei Herrn W. Martens, Bremer Schlüssel.

Mädchen gesucht.
11834] Frau Arends. Jever, Spukweg 3.

Frische Erdbeeren,
per Pfd. 3,50 Mk. [11830
Th. Hinrichs, Sophienstr. 3.

Neue Zwiebeln trafen ein. [11682
J. H. Cassens.

Preußisch-Südd. Lotterie-
Lose
1. Klasse vorrätig.
⅛ 7,30, ¼ 14,60, ½ 29,20, 1/1 58,40 Mk.
11806) **Schwabe, Jever.**

Tanz-Lehrschule,
Jever, Schwarzer Adler.
Mittwoch den 30. Juni:
Unterricht
für alle erwachsenen Schüler im Adler. Es können noch einige Damen am Unterricht teilnehmen. [11842
Max Gwildies,
Tanz- und Ballettmeister.

Achtung!
Wegen Gründung eines Reit- und Fahrklubs wollen sich Sportsfreunde in Ostiem und Umgegend am Donnerstag den 1. Juli abends 9 Uhr **im Ostiemer Hof,** bei Buscher, versammeln.

Bettnässen!
Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeb. Ausk. ums. **Josef Kistler, Reichertshausen a. Ilm, 86a, Obby.**

Hochfeiner [11822
Blumenkohl, sowie Gurken und Zwiebeln.
J. H. Cassens

Trockenlegung feuchter Keller
übernimmt [11623
Baugeschäft
Gerriet H. Brand,
Schlachte 17, Telephon 488.

Kluge Frauen
lassen sich nicht täuschen durch so oft angebot. meist wertlose Präparate.— Nehmen Sie bei **Regelstörung, Stockung,** nur meine, auch in verzweifelten Fällen erprobten wirksamen Mittel. Sie werden überrascht und mir dankbar sein. Diskr. Vers. m. **Garantie,** vollk. unschädlich, anderns. Geld zur Wirkung in 3 Tagen. **H. Hansen,** Hamburg, Weidenallee 50.

Jeverscher Krieger-Verein.

Kamerad **Menno Peters,** Hopfenzaun, ist gestorben. Die Kameraden wollen zur Trauerparade Sonnabend den 3. Juli nachm. ½3 Uhr beim Vereinslokale (Schw. Adler) recht vollzählig antreten. Der 4., 5., 6. Bezirk sind an der Reihe. [11839
D. V.

Kriegerverein Sandel.

Sonnabend den 3. Juli abends 8 Uhr [11818
General-Versammlung
im Vereinslokale.
1. Aufnahme neuer Mitglied.
2. Hebung der Beiträge.
3. Wahl des Vorstandes.
4. Verschiedenes. D. V.

Verein ehem. Schülerinnen u. Freunde d. Lyzeums Jever.
Der für den 30. Juni angesetzte Ausflug wird **verlegt.** [11835

Privatschule Hohenkirchen (e. V.).
Generalversammlung
Montag den 5. Juli abends 7½ Uhr in Müllers Hotel.
11795) D. V.

E. H. 215.
Brief abholen. [11809

Für die vielen Aufmerksamkeiten und Geschenke anläßlich unserer Vermählung danken herzlich
Hermann Folkers u. Frau, Aline geb. Meinen,
Middoge, 26. Juni 1920.

Statt Karten.
Ihre Verlobung beehren sich anzuzeigen
Elise Göken geb. Bürmann,
Gerhard Meyer.
Boßlapp. Himmelreich.
20. Juni 1920.

Danksagung.
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.
Anna Vollenhagen u. Kinder.
Wilhelmshaven.

Erdal Schuhputz

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Sengwarden. Im Auftrage habe ich eine in der Gemeinde Fedderwarden belegene [11710
Besitzung
mit Antritt nach Vereinbarung unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.
Käufer werden gebeten, sich ehestens mit mir in Verbindung zu setzen.
Friedr. Ahl.

Ihre Verlobung geben bekannt:
Katharine Ammen
Gerhard Dirks
Wiefels b. Jever. Wüppels (zzt. Jever).
30. Juni 1920. [11811

Statt Karten.
Ihre Verlobung geben bekannt:
Else Heyken
Bernhard Behrends
Carolinengroden. Gr.-Charl.-Groden
Juni 1920. [11808

Statt Karten.
Bertha Herzberg
Ernst Josephs
Verlobte. [11823
Aerzen bei Hameln. Hameln, Grütterstraße 7.

Statt Ansage.

Heute morgen 7 Uhr verschied im Sophienstift zu Jever nach langem Leiden mein lieber Mann, mein guter Vater

Folkert Post

im 41. Lebensjahre. [11802

Dies allen Bekannten zur Nachricht mit der Bitte um stille Teilnahme.

Sophie Post nebst Angehörigen.

Jever, den 27. Juni 1920.

† † †

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 1. Juli nachm. 4 Uhr vom Sophienstift aus auf dem Friedhofe in Jever statt.

Montag abend 6¾ Uhr entschlief nach langem qualvollen Leiden mein lieber Mann, meiner Kinder treusorgender Vater, mein lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Werftbürohilfsarbeiter

Menno Peters

im 36. Lebensjahre. [11821

In tiefer Trauer
Frau Frieda Peters und Kinder Erich und Hildegard und alle Angehörigen.

Beerdigung am Sonnabend den 3. Juli nachmittags 3 Uhr vom Sterbehause Hopfenzaun 7, aus.